Münzenmaiers MAGAZIN
01/2021
Unzensierte Nachrichten aus erster Hand

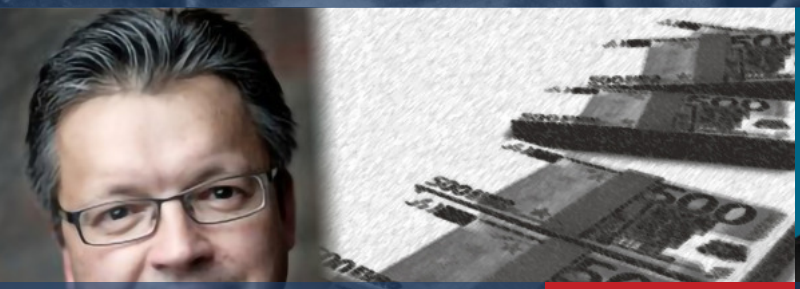
IM AUFTRAG DER REGIERENDEN: STASI 2.0?

Tino Chrupalla über seine Russlandreise

Wahlkampf in Rheinland–Pfalz

Ab Seite 24

Von der Grenze der Freiheit: Der Verfassungsschutz als illegitimer Inlandsgeheimdienst



Gastkolumne von Michael Paulwitz

Kampf gegen die Opposition mit Steuermilliarden

Ab Seite 36

Interview mit Damian Lohr und Fabian Schütz

Wahlkampf in Corona–Zeiten

Ab Seite 8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Sebastian Münzenmaier.....Seite 3

Zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

„Schicksalswahl in Rheinland-Pfalz“ von Alexander Jungbluth.....Seite 7

Interview mit den Wahlkampfmanagern in RLP.....ab Seite 8

Kurzwahlprogramm zur Landtagswahl in RLP.....ab Seite 10

Vetternwirtschaft in Giftgrün.....ab Seite 12

Die aufrechten AfD-Gallier von der Pfalz.....Seite 14

Hintergründe & Tagespolitik

AfD-Thesenpapier zur Corona-Politik.....ab Seite 4
„Mein Besuch in Moskau“ von Tino Chrupalla.....Seite 6

AfD vs. GEZ - Klarer Punktsieg für die Bürgerpartei!.....ab Seite 16
Immer mehr Kindergeld geht ins Ausland.....Seite 18
Gendern als Zeichen des linken Establishments.....ab Seite 19

5 Gründe warum Ramelow besser in Rente gegangen wäre..ab Seite 38
Keine Bürgerabzocke über Tabaksteuer!.....Seite 41

AfD im Visier der Altparteien

Von der Grenze der Freiheit.....ab Seite 24

Politische Einflussnahme auf Verfassungsschutz in Berlin.....ab Seite 28

Karikatur.....Seite 29

Handreiche für Beamte wegen Verfassungsschutzbeobachtung..ab Seite 30

Maaßen: Massiver Druck, die AfD zu beobachten!.....ab Seite 32

Die große Säuberung in den sozialen Netzwerken.....ab Seite 34

„Kampf gegen die Opposition“ von Michael Paulwitz.....ab Seite 36

Sonstiges

„Mein Geschwätz von Gestern“.....Seite 21
Aktiv für Deutschland - Bildergalerie.....ab Seite 22

Rätsel.....Seite 42
Kontakt + Impressum.....Seite 43

Vorwort

Liebe Freunde,

Ihre Freiheits- und Grundrechte sind immer noch stark eingeschränkt, Geschäfte, Restaurants und Hotels geschlossen, der ein oder andere von Ihnen erduldet eventuell sogar Ausgangssperren oder die sogenannte „15-Kilometer-Leine“. Man könnte meinen, dass die etablierten Parteien samt ihrer Anhängerschaft in Medien, Großkonzernen und Establishment genügend Aufgaben hätten, die sie zum Wohl unsers Volkes lösen sollten. Weit gefehlt!
Stattdessen beschäftigt sich der sogenannte „Verfassungsschutz“ mit unserer Bürgerpartei, stets flankiert von unsinnigen Äußerungen der Altparteien und dem medialen Applaus vieler linker Journalisten. Das Vorgehen dieses Inlandsgeheimdienstes, der weisungsgebunden den jeweiligen Innenministern unterstellt ist und mittlerweile recht offen dem Auftrag folgt unsere Bürgerpartei an den Pranger zu stellen, ist nicht mehr nachvollziehbar und einer Demokratie unwürdig.
Im Superwahljahr 2021 kommt die Beobachtung den Altparteien wohl gerade recht, um weitere Erfolge unserer AfD bei sechs Landtags- und der Bundestagswahl zu schmälern. Bereits die Erfindung einer neuen Stufe des „Prüffalls“ in der Vergangenheit hat glasklar aufgezeigt, dass dieser sogenannte Verfassungsschutz politisch stark instrumentalisiert wird und mittlerweile wohl nur noch als „Regierendenschutz“ unterwegs ist. Aus diesem Grund haben wir uns in der vorliegenden Ausgabe ausführlich mit dem sogenannten „Verfassungsschutz“ beschäftigt und ich bin mir sicher: der ein oder andere, der diese Behörde immer noch für eine „unabhängige Stiftung Warentest“ hielt, wird sich wundern!

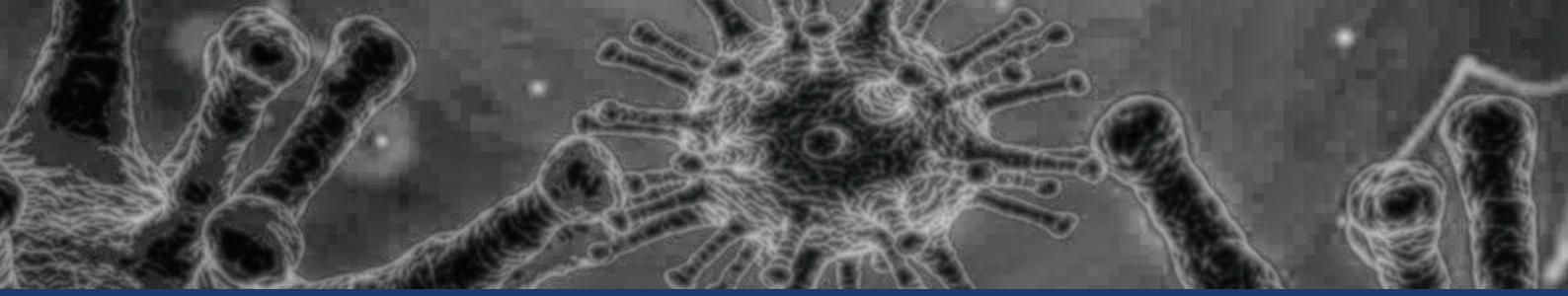
Liebe Freunde, uns alle eint die Liebe zu unserem Land und unserem Volk. Hierfür sind wir bereit, auch Nachteile in Kauf zu nehmen, denn es geht um unsere Zukunft und um die Zukunft unserer Kinder.
Viele von uns haben schon persönliche Folgen des eigenen Engagements in der Familie, im Freundeskreis und im persönlichen Umfeld erlebt. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist ein weiteres Druckmittel des Establishments, mit dem man Opposition in diesem Land unterdrücken und letztendlich mundtot machen möchte. Diesen Erfolg werden wir den Altparteien und ihren Verbündeten in den Medienhäusern, den Kirchen, den Verlagen und globalen Konzernen nicht gönnen! Deshalb möchte ich Ihnen heute allen zurufen: Lassen wir uns nicht einschüchtern und bleiben standhaft!

Mahatma Gandhi wird folgendes Zitat zugeschrieben: „Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“ Wir sind auf dem besten Weg zu gewinnen, denn wir haben die besseren Argumente, wir haben die vernünftigeren Lösungen und wir haben den gesunden Menschenverstand auf unserer Seite!

Ich bin stolz darauf mit Ihnen gemeinsam gegen den Wahnsinn der Etablierten kämpfen zu dürfen und zähle auch in Zukunft auf Sie!

Herzlich grüßt,
Ihr

Sebastian Münzenmaier



Corona-Politik

Thesenpapier der AfD–Fraktionsspitzen

Für einen Strategiewechsel in der Corona-Politik: Lockdown beenden, Risikogruppen schützen!

Am 22. März 2020, knapp zwei Monate nach dem ersten Nachweis von SARS-CoV-2 auf deutschem Boden, einigten sich Bund und Länder auf erste Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus.

Seit diesem Zeitpunkt hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine handfeste Krise entwickelt, ausgelöst durch gravierende politische Fehlentscheidungen vonseiten der Bundes- und Landesregierungen. Die einzige erkennbare Strategie der politischen Verantwortungsträger besteht in einer Aneinanderreihung von Lockdowns, deren Wirksamkeit in der Wissenschaft immer umstrittener ist. Diese ohne wissenschaftliche Evidenz verordneten Maßnahmen unterstreichen einzig und allein die Hilflosigkeit sowie den politischen Aktionismus von Angela Merkel und den Ministerpräsidenten und deren Unfähigkeit zur seriösen Fehleranalyse.

Von einem wirksamen Gesundheitsschutz kann nicht die Rede sein.

Durch die Umsetzung unserer geplanten Maßnahmen könnte das Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Gesundheitsschutz, dem Wiederherstellen von Grund- und Freiheitsrechten und eine deutliche Verringerung des weiteren wirtschaftlichen Schadens erreicht werden. Nicht zu vergessen ist die seelische und körperliche Gesundheit der Bürger, welche durch den Lockdown Schaden nehmen und durch den Erhalt des öffentlichen Lebens wieder sichergestellt würde. Vereinsamungstendenzen in der Gesellschaft muss ebenso entgegengewirkt werden wie einer drohenden Verarmung.

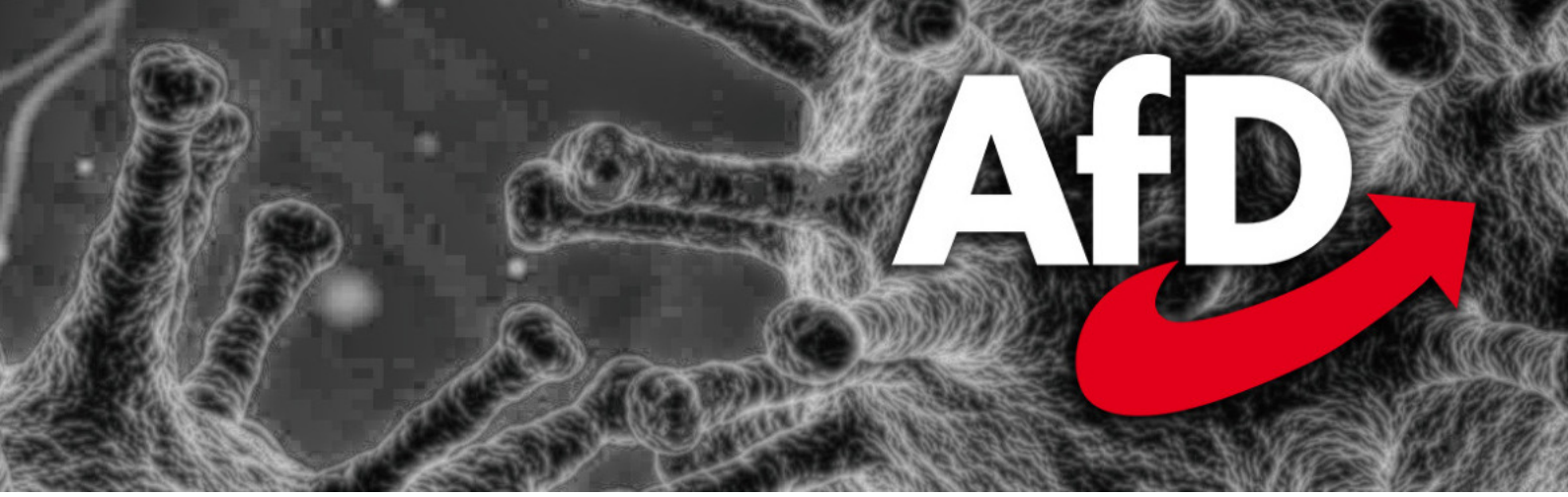
1. Lockdown sofort beenden

Die erhobenen wissenschaftlichen Zahlen haben bewiesen, dass der Lockdown vulnerablen Gruppen keinen Schutz bietet, nachfolgende Generationen mit kaum bezahlbaren Schulden belastet und ganze Wirtschaftszweige irreparabel schädigt. In allen Einrichtungen und Betrieben des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, in denen die Hygieneregeln umgesetzt werden, muss sofort eine Öffnung erfolgen. Fortbestehende Maßnahmen sind ständig zu überprüfen, vorab den Parlamenten vorzulegen, gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben. Die aktuellen Bestimmungen über zu öffnende und zu schließende Einrichtungen folgen keiner nachvollziehbaren Logik des Infektionsschutzes.

Daher fordern wir die unverzügliche Öffnung von:

1. Hotels, Pensionen, gastronomischen Einrichtungen und Veranstaltungsstätten
2. Einrichtungen des Einzel- und Fachhandels, Dienstleistungsgeschäften und –unternehmen
3. Einrichtungen des religiösen Lebens sowie Gotteshäuser
4. Theatern, Opern-, Konzerthäusern, Museen, Galerien, Ausstellungen, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen
5. Bildungseinrichtungen
6. Sportvereinen, Sportstätten sowie Fitness- und Kosmetikstudios
7. allen Dienstleistungsbetrieben für Körperpflege
8. Zoos und Tierparks,

sofern sie die Einhaltung der Hygienevorschriften jederzeit gewährleisten können.



Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die notwendigen Hilfszahlungen schnell sowie unbürokratisch geleistet werden und auch beim entsprechenden Empfänger ankommen.

2. Vulnerable Gruppen wirkungsvoll schützen

Vor allem ältere und besonders gefährdete Menschen gehören in den Fokus der Schutzmaßnahmen. Wir fordern bestimmte Einkaufszeiten für Ältere und Vorerkrankte im Lebensmittel- und Einzelhandel, damit sich diese Bürger keinem erhöhten Risiko einer Erkrankung aussetzen müssen. In Fitnessstudios, Friseuren, Kosmetikstudios und weiteren Einrichtungen der Körperpflege sollen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung ebenso gesonderte Zeiten für die genannten Gruppen gelten. Darüber hinaus müssen die verletzlichen Gruppen vor überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln geschützt werden. Eine Möglichkeit sind Taxi-Gutscheine, die den vulnerablen Gruppen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Ebenso fordern wir Investitionen in den Bus- und Bahnverkehr, damit die zuständigen Betriebe täglich mehr Transportmittel und Fahrpersonal aufstellen können und sich der An- und Abreiseweg in die Städte entzerrt.

Besonderer Schutz muss Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen und Personen in häuslicher Pflege zukommen. Dies kann unter anderem durch eine Ausweitung von Testmöglichkeiten geschehen.

Mittelfristig halten wir verstärkte Investitionen in verbesserte Testmöglichkeiten und in innovative Behandlungsmöglichkeiten (Sekundärprävention) für notwendig.

3. Demokratiedefizit beheben

Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen dazu auf, sämtliche unverhältnismäßige Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Corona-Maßnahmen sofort zu beenden.
Die Bundes- und Landesregierungen regieren momentan an den Parlamenten vorbei, Diskussionen in diesen finden größtenteils nur nach bereits getroffenen Entscheidungen statt. Dieser Zustand muss sofort beendet werden.

4. Impfen muss freiwillig sein

Eine direkte oder indirekte Impfpflicht lehnen wir entschieden ab. Wir lehnen sogenannte Privilegien für Geimpfte sowie Benachteiligung von Nicht-Geimpften ab. Grundrechte stehen allen Bürgern dieses Landes zu.

Bei der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung darf sich die Bundesregierung nicht allein auf die EU und internationale Impfstoff-Kooperationen verlassen. Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Produkten in Krisenzeiten ist jederzeit und unverzüglich sicherzustellen. Nationale Interessen müssen bei der Förderung von Forschung und Entwicklung wieder stärker berücksichtigt werden, um zeitnah eine ausreichende Menge an Impfdosen und Medikamenten zur Verfügung zu haben. Impfungen sind nur eine Möglichkeit, Viren zu bekämpfen. Wir unterstützen darüber hinaus die Erforschung einer geeigneten medikamentösen Behandlung.

Für Bürger, die sich freiwillig impfen lassen wollen, muss die Bundesregierung ausreichend Impfstoff zur Verfügung stellen. Die Risiken und Nebenwirkungen einer Impfung und auch deren Wirksamkeit müssen transparent und ausführlich dargestellt werden.

Tino Chrupalla

Mein Besuch in Moskau

Vom 7.-10. Dezember 2020 bin ich mit dem Kollegen Armin Hampel auf Einladung des russischen Außenministeriums nach Moskau geflogen.

Anlässlich der Kranzniederlegung auf dem Kriegsgefangenenfriedhof in Moskau-Ljublino galt unser Gedenken den Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben.
Zentraler Schwerpunkt in Moskau waren natürlich unsere Gespräche mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow.

Diese Beratungen haben gezeigt, dass unsere Partei eine wichtige Rolle im Normalisierungsprozess der Beziehungen zu Russland spielen kann und spielt.

Dies wurde noch einmal ausdrücklich von Außenminister Lawrow betont.

Ich habe außerdem in diesem Treffen die Sanktionen der EU und der USA kritisiert.

Vor allem die Folgen für uns in Ostdeutschland sind wegen der einst engen wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland schwerwiegend.

Und für mich gilt, das Russland zu Europa gehört.

Wir setzen auf:

- Den Respekt vor der nationalstaatlichen Souveränität
- Pragmatismus statt Ideologie
- Eine Politik, die Rahmenbedingungen herstellt zur Interessenwahrung und den Interessenausgleich zwischen Partnern

Deswegen müssen wir mit Russland angesichts der wirtschaftlichen Folgen des Brexit für die deutsche Exportwirtschaft und den Außenhandel dringend gemeinsame Interessen formulieren und sie zusammen mit Russland umsetzen. Unsere Position ist klar: Wir brauchen in der Außenpolitik „Pragmatismus statt Ideologie“!

Insgesamt ziehe ich ein sehr positives Fazit meiner Gespräche in Moskau. Es steht für einen Neuanfang der deutsch-russischen Beziehungen.

Wenn die deutsche Außenpolitik à la Maas versagt, steht auch hier die AfD für eine vernünftige und realistische Politik bereit!

Alexander Jungbluth

Schicksalswahl in Rheinland–Pfalz

Haben Sie diese Überschrift gelesen und sich genervt gedacht, schon wieder spricht jemand über eine Schicksalswahl. Nun, wenn Sie sich die Aussagen aus unseren Reihen der letzten Jahre ansehen, werden Sie feststellen, dass der Gebrauch der Schicksalswahl tatsächlich allzu häufig verwendet wur-de. Dafür könnte es nun zwei Erklärungen geben:

1) der Begriff wird zu inflationär verwendet und wird deshalb abgenutzt.

2) der Ausgang der Wahl und damit die Frage, wie stark unsere AfD vertreten sein wird, ist tatsächlich von einer größeren Bedeutung denn je.

Lassen Sie uns hierzu einmal die Jahre der AfD Revue passieren. Als unsere Partei das erste Mal in die Parlamente gewählt wurde, war der Tenor der Altparteien der Gleiche: Die AfD wird an den politischen Aufgaben scheitern, sie wird als populistische Kraft nicht fähig sein, sich angemessen am politischen Geschehen zu beteiligen. Man werde sie also „inhaltlich stellen", die Wähler werden dies merken und in wenigen Jahren ist die Partei Geschichte.

Nun, wenige Jahre später konnte die AfD ihr Ergebnis dann entweder halten oder in vielen Fällen sogar stark ausbauen. Die Altparteien haben ihren arroganten Anspruch, die AfD fachlich zu bekämpfen, nicht umsetzen können und die Strategie wurde geändert. Man stimmt nun in jedem Fall gegen die AfD, weil dies einem die Mühe erspart, deren Arbeit bewerten zu müssen. Des Weiteren wurde ein Märchen gestrickt, von angeblichen Spiralen der Radikalisierung um uns vom Verfassungsschutz beobachten lassen zu können.

Wir sind heute also in einem Land, in dem man Parteien aus der politischen Debatte bewusst ausgrenzt und durch den Geheimdienst überwachen lässt. So etwas gibt es in keinem demokratischen Staat dieser Welt!

Doch diese Entwicklung betrifft nicht nur uns als Partei. Studien zeigen, dass sich immer weniger Bürger trauen ihre Meinung zu sagen, an Universitäten ist es ein Malus (zum Teil auch bei der Beno-tung), wenn man nicht korrekt gendert, christliche Feste werden umfunktioniert, um Minderheiten nicht zu diskriminieren. Diese Liste könnte wohl jeder von Ihnen um viele, viele Punkte ergänzen.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre ist also kontinuierlich davon geprägt, dass dieses Land an Freiheit verliert und an Absurdität gewinnt.

So lange wir also mit Vollgas auf den Abgrund zu fahren, ist jede Wahl eine Schicksalswahl. Jede Wahl sollte uns ins Gedächtnis rufen, dass wir die Einzigen sind, die sich gegen Unfreiheit und Irrsinn stellen.

Am 14.März wählen wir den Landtag von Rheinland-Pfalz. Wenn Sie in der Kälte Plakate hängen und Flyer verteilen, wenn Sie vom langhaarigen, ungepflegten Nachbarn beleidigt werden, denken Sie daran, dass Sie mit jedem Plakat und jedem Flyer ein kleinwenig dazu beitragen, das Schicksal Ihres Landes und Ihrer Kinder zum Positiven zu wenden!

Herzlichst,

Ihr Alexander Jungbluth

AfD-Kandidat zur Landtagswahl in RLP

Interview mit Damian Lohr und Fabian Schütz

Wahlkampf in Corona–Zeiten: Mit Schutzanzug am Wahlkampfstand?!

Der laufende Wahlkampf in Rheinland-Pfalz stellt die Parteien vor neue Herausforderungen. Der mittlerweile seit Mitte Dezember verhängte Lockdown verhindert einen normalen Wettstreit um die Stimmen der Bürger. Statt Kugelschreiber und Luftballons setzen die Parteien vermehrt auf einen Wahlkampf im Netz. Kann die AfD als Partei der digitalen Kompetenz davon profitieren?

Wir haben dem Pressesprecher der AfD-Landtagsfraktion, Fabian Schütz, und dem Wahlkampfmanager Damian Lohr unsere Fragen geschickt.

Der Wahlkampf 2021 ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Wurden die Schwerpunkte in Differenz zu einem „normalen" Wahlkampf in eine gewisse Richtung verschoben?

Fabian: *„Im Grunde ist dieser Wahlkampf vielleicht sogar richtungsweisend. Weite Bereiche unseres Lebens verlagern sich (zum Teil leider) ins Internet. Da, wo Ressourcen geschont und Kräfte neu gebündelt werden, ist das immer von Vorteil. Leider fehlt momentan der persönliche Kontakt vollständig. Infostände sind teilweise entweder verboten oder so limitierend erlaubt, dass deren Durchführung unsinnig ist. Die Schwerpunkte wurden nun fast gänzlich auf die digitale Welt verschoben. Abseits von Plakaten, Flyern und Zeitungsannoncen findet momentan jede Diskussionsform nicht in Hallen, sondern in unserem Studio statt, dass Damian und ich von Grund auf eingerichtet haben."*

Damian: *„Da echte Veranstaltungen in Bürgerhäusern aufgrund des Lockdowns gar nicht möglich sind, verschiebt sich der Schwerpunkt neben der klassischen Flyer- und Plakatwerbung fast vollständig in die sozialen Netzwerke."*

Deutlich wird, dass digitale Formate eine große Rolle spielen. Wie hat sich die AfD in Rheinland-Pfalz mit ihren Social-Media-Auftritten auf den Corona-Wahlkampf vorbereitet?

Damian: *„Die Situation hat sich ja leider angekündigt, dementsprechend haben Fabian und ich schon vorzeitig Vorbereitungen getroffen und einen Plan entworfen, um ein möglichst großes digitales Angebot zu ermöglichen. Mit über 50 Eigenproduktionen möchten wir dem Wähler und unseren Mitgliedern so viel AfD an den PC und ins Wohnzimmer bringen wie möglich."*

Fabian: *„Durch unsere langjährigen Erfahrungen in der digitalen Kommunikation und Ansprache der Bürger war die Vorbereitungszeit quasi auf die Lieferzeit der Studioausstattung beschränkt. Als die Entscheidung weg von „Großveranstaltungen" in*

Hallen hin zum digitalen Wahlkampf fiel, bedurfte es nur weniger Mausklicke und einer glühenden Kreditkarte und wir konnten loslegen."

Profitiert die AfD von dieser Art Wahlkampf? Schließlich ist die Partei in den sozialen Netzwerken überdurchschnittlich erfolgreich.

Fabian: *„Das werden wir noch sehen. Wahltag ist Zahltag, aber wir haben unser möglichstes getan, um den Erfolg der AfD zu mehren. Seit die Produktionen angelaufen sind, beschäftige ich mich quasi täglich von früh morgens bis 01 Uhr nachts damit. Was man jetzt schon sagen kann ist, dass die anderen Parteien kaum einen Fuß in Facebook bekommen. Während sich bei unseren Formaten nur relativ wenige negative Kommentare finden, sind diese z.B. bei der SPD nahezu vernichtend."*

Damian: *„Die AfD hat mit Abstand die größte Reichweite in den sozialen Netzwerken. Es ist jedoch festzustellen, dass die Betreiber der Seiten unsere Reichweite massiv einschränken. Wir profitieren eher davon, dass die anderen Parteien eklatante Schwächen im Netz haben. Unser Vorteil der Reichweite wird durch die starke Drosselung im Netz leider etwas geschmälert."*

Falls vor dem Wahltag die Restriktionen fallen sollten: Wird die AfD Rheinland-Pfalz auch vermehrt auf der Straße präsent sein oder verzichtet die Partei darauf?

Damian: *„Die Sache ist ja leider mittlerweile vom Tisch. Sehr gerne hätten wir wieder die Bürgerhäuser frequentiert. Als AfD ist es uns immer wichtig, nah am Bürger zu sein. Kein digitales Format kann eine gefüllte Halle mit motivierenden Wahlkampfreden ersetzen. Da wir die Hallen nicht nutzen dürfen, müssen wir leider darauf verzichten."*

Die AfD hat im Vergleich zu CDU und SPD ein vergleichsweise kleines Wahlkampfbudget. Wie wollt ihr den finanzkräftigen Parteien trotzdem Paroli bieten?

Fabian: *„Inhalt ist König. Kreative Formate kann man nicht kaufen, sie müssen erdacht und gelebt werden. Jeden Abend einen Stream mit Malu oder der Dingens von der FDP sind zwar nett und vielleicht auch aufwendig(er) produziert, aber am Ende zählt, was auf der Straße ankommt. Nur breite Reifen machen keinen Rennwagen aus, der Motor und der Rest müssen passen. Da haben wir beides, sowohl Kreativität, als auch Knowhow. Und nur, weil unser digitaler Wahlkampf keine 10-tausende Euros kostet, ist er nicht schlecht. Im Gegenteil! Dass wir das mit einer ehrenamtlichen Zwei-Mann-Crew machen, wofür andere ein großes Team bezahlen, macht mich stolz."*

Damian: *„Jeder Cent muss natürlich zweimal umgedreht werden. Die Antwort ist jedoch ganz simpel: Die AfD lebt hier vom Ehrenamt. Alleine die Kosten für die Produktion der Videoformate würden, sofern man sie an einen Dienstleister vergibt, einen mittleren fünfstelligen Betrag kosten. Das kann die Partei nicht leisten. Das Geld der anderen Parteien wird in der AfD mit dem entsprechenden Herzblut ersetzt."*

> *Das Geld der anderen Parteien wird in der AfD mit dem entsprechenden Herzblut ersetzt.*

Was werdet ihr zuerst machen, wenn die anstrengenden Wochen des Wahlkampfs vorbei sind?

Fabian: *„Angesichts dessen, dass mein Leben von Anfang Januar bis Mitte März aus Kamera, Objektiv, Computer und Schneidesoftware und zusätzlichem Plakatieren besteht, werde ich viel Zeit mit meinem kleinen Sohn verbringen und ansonsten mache ich zwei Wochen lang gar nichts."*

Damian: *„Nach der Wahl ist vor der Wahl und eine Bundestagswahl muss vorbereitet sein. Ein paar wenige Tage kann man durchatmen, aber dann ruft natürlich direkt wieder die Pflicht!"*

Vielen Dank für ihre Antworten! Wir drücken beide Daumen für einen erfolgreichen Wahlkampf.
Frischer Wind statt heiße Luft!

KURZWAHLPROGRAMM

der AfD Rheinland–Pfalz zur Landtagswahl 2021

Gerade in einer Zeit der Globalisierung und Digitalisierung, in der sich alles immer schneller zu drehen scheint, erkennen die Menschen den Wert ihrer Heimat und Identität. Wir wollen als AfD unsere gewachsenen Traditionen und unsere Kultur erhalten und nicht in einer multikulturellen Gesellschaft auflösen. Wir sind offen für die Welt und möchten gleichzeitig Deutsche sein und bleiben.

Wir möchten leben aus dem, was immer gültig ist: Nicht Ideologie, Zeitgeist oder Lobbyinteressen, sondern das Wohl des eigenen Volkes und der eigenen Bürger muss Grundlage und Maßstab der Politik sein.

Gemeinsam mit ihnen wollen wir Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verteidigen und so unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden.

SPITZENKANDIDAT ZUR LANDTAGSWAHL 2021

MICHAEL FRISCH

Geboren am 13. Mai 1957, von Beruf Lehrer, Mathematik und Religion

1 DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

Direkte Demokratie endlich ausbauen / mehr Mitbestimmung der Bürger ermöglichen / wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen

2 LÄNDLICHER RAUM

Ländliche Räume zukunftsfähig machen / wohnortnahe Versorgung hinsichtlich Infrastruktur, Krankenhäusern, Schulen und KiTas sichern

3 FAMILIE

Familien materiell und ideell stärken / wirkliche Wahlfreiheit und Gerechtigkeit bei der Kindererziehung schaffen / Erziehung zu Hause muss finanziell gleichwertig unterstützt werden wie die Betreuung in der KiTa Fachkraft-Kind-Verhältnis bei der Kindertagespflege verbessern

4 WIRTSCHAFT

Mittelstand fördern / Industriepotentiale erhalten / Forschung und Künstliche Intelligenz vorantreiben / Bürokratie abbauen

5 BILDUNG UND HOCHSCHULPOLITIK

Niveauverluste in der Bildung durch neues dreigliedriges Schulsystem beheben / leistungsfähige Realschulen wiederherstellen / Inklusion mit Augenmaß / kostenfreie Meisterausbildung ermöglichen / leistungsstarke Hochschulen statt verschulter Massenuniversitäten

RHEINLAND-PFALZ: AM 14. MÄRZ DIE ALTERNATIVE WÄHLEN!

6 GESUNDHEIT UND PFLEGE

Ärztemangel entgegenwirken / Krankenhausinvestitionsförderung deutlich erhöhen / gute Pflege gewährleisten / häusliche Pflege durch Landespflegezuschuss stärken

7 ASYL UND MIGRATION

Verantwortungsbewusste Asyl- und Migrationspolitik umsetzen / wirklich Verfolgte schützen, Betrüger und Kriminelle abschieben / Armutszuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen / Rückkehrperspektiven schaffen / Integration verbindlich einfordern

8 INNERES

Außengrenzen sichern / Polizei, Feuerwehr und Ordnungsdienste personell, materiell und ideell nachdrücklich unterstützen

9 UMWELT UND NATUR – ABFALLWIRTSCHAFT

Umwelt und Natur schützen / biologische Vielfalt stärken / Kulturlandschaften wertschätzen

10 KULTUR

Deutsche Leitkultur und Muttersprache im Herzen halten / Vereinsleben bewahren / geschichts- und heimatbewusst in die Zukunft gehen

11 LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Bäuerliche Familienbetriebe unterstützen / Weinbau als identitätsstiftenden Wirtschaftsfaktor würdigen

12 DIGITALPOLITIK

Digitale Infrastruktur endlich zeitgemäß gestalten / schleppenden Breitband- und Glasfaserausbau beenden und Mobilfunklöcher stopfen / Herausforderung 5G meistern

13 ENERGIE

Energiepolitik realistisch und technologieoffen gestalten / keine einseitige Förderung der Elektromobilität / Windkraftausbau beenden / EEG abschaffen und Strompreise senken

14 TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Rheinland-Pfalz als attraktives Reiseland positionieren / eigenen Wander- und Radfahrertag ausrufen / Kneipensterben verhindern

15 VERKEHR

Bürgernahe Verkehrspolitik durch bessere Straßen, Brücken und Schienennetze / zukunftsfähige Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors ideologiefrei forcieren / Dieselfahrverbote verhindern / Straßenausbaubeiträge abschaffen

16 FRAUENPOLITIK UND GENDERIDEOLOGIE

Gleichberechtigung statt Gleichmacherei der Geschlechter / keine Frauenquoten in Politik und Wirtschaft / genderideologische Auflösung der Geschlechter stoppen

17 SOZIALPOLITIK

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft erneuern / Subsidiarität und Konnexitätsprinzip umsetzen / Sozialversicherungen und Renten weiterentwickeln und sichern / sozialen Wohnungsbau und Wohneigentum fördern

18 HAUSHALT UND FINANZEN

Haushaltsdisziplin wahren / Steuerlasten verringern / Flächenmodell bei Grundsteuer einführen und Grunderwerbsteuer senken / Kommunen finanzielle Spielräume ermöglichen und entschulden / Sparer schützen / Bargeld bewahren

Vetternwirtschaft in Giftgrün:
Beförderungsskandal im Mainzer Umweltministerium

Wenige Monate vor der Landtagswahl hat ein historisch einzigartiger Beförderungsskandal das rheinland-pfälzische Umweltministerium erreicht. Im Herbst 2020 war in Folge eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts Koblenz bekannt geworden, dass rechtswidrige Beförderungen im Ministerium über Jahre zur Tagesordnung gehörten. Wenige Wochen nach den Veröffentlichungen nahm die amtierende Umweltministerin Ulrike Höfken ihren Hut, ebenso ihr Staatssekretär Thomas Griese.

Besondere Brisanz erhält der Fall, da besagtes Umweltministerium im Südwesten seit 2011 von den Grünen geführt wird. Der völlig aus dem Ruder gelaufene Nepotismus passt so gar nicht in das Image einer Partei, die gerne die tugendhafte Poleposition für sich beansprucht und den politischen Gegner mit der Moralkeule zu erschlagen droht.

Späte Reue – Rechtsbruch mit System

Die gemeinsame Erklärung wirkte wie der letzte kraftlose Versuch zweier alter Hasen im Politgeschäft, noch etwas Anstand und Ehre mit in die üppig bezahlte Pension zu nehmen:

„Als Umweltministerin lege ich mein Amt zum Ende des Jahres nieder, als Staatssekretär bitte ich um Versetzung in den Ruhestand zum 31. Dezember 2020. […] Wir bedauern die Fehler, die bei Beförderungen in unserem Haus passiert sind, zutiefst […]“

Doch auch das Statement der Grünen-Landespolitiker kann die jahrelangen Rechtsbrüche in ihrem Ministerium nicht mal ansatzweise überdecken. Ins Rollen kam der Vetternwirtschaftsskandal im Sommer 2020, als das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz die Beförderungspraxis in der Behörde in einzelnen Fällen als „grob rechtswidriges“ Handeln bezeichnete sowie von einem „von Willkür geprägten System“ sprach. Rechtsstaatliche Anforderungen seien nicht im Ansatz erfüllt und „Ämterpatronage“ werde betrieben, so die Richter weiter.

Wenige Wochen später deckten Recherchen des südwestdeutschen Rundfunks auf, dass die aus Koblenz kritisierte Praxis nicht die Ausnahme, sondern die Regeln im Ministerium der 65-jährigen Höfken war. Beförderungen erfolgten systematisch rechtswidrig. Insbesondere wurden keine Ausschreibungen für freie Stellen im Ministerium vorgenommen, ebenso fehlten die für eine Beförderung notwendigen Beurteilungen der Mitarbeiter. Damit verstieß die grüne Dienststelle gleichermaßen gegen das Grundgesetz und das geltende Landesbeamtengesetz vom 20. Oktober 2010. Dort findet sich in Paragraf 11 „Stellenausschreibung, Feststellung der gesundheitlichen Eignung“ direkt im ersten Absatz die klare Formulierung:

„Freie oder frei werdende Planstellen sind auszuschreiben; soweit zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen, sind freie oder frei werdende Planstellen, einschließlich solcher mit Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben, auch in Teilzeitform auszuschreiben.“

Eine Ausschreibung von Beförderungen muss grundsätzlich erfolgen. Damit soll die bestmögliche Besetzung des freien Postens gewährleistet werden.

Im Mainzer Umweltministerium verstaubten die Gesetzbücher und Verwaltungsvorschriften offensichtlich im Regal. Verstöße wurden zur Normalität.

Zehn Jahre Klüngelei: Erschreckende Zahlen und billige Ausreden

Das Ministerium gab gegenüber Medienvertretern an, in zehn Jahren bei 160 von 248 Beförderungen auf eine Beurteilung verzichtet zu haben. Dabei spitzte sich die Grüne Klüngelei zum Ende des Jahrzehnts noch einmal zu. Von 2017 bis 2020 wurde nur zehn Mal eine Beurteilung erstellt. In beinahe 90 Prozent der Fälle war ein Karrieresprung ohne erforderliches Gutachten möglich.

Staatssekretär Griese, der als promovierter Jurist und ehemaliger Vorsitzender Richter am Amtsgericht Köln über die nötige Kenntnis der Rechtslage verfügen müsste, flüchtete sich kurz nach Bekanntgabe der Vorwürfe in fragwürdige Ausreden. Lange Zeit habe sich die angewandte Beförderungspraxis bewährt, das Fehlen der Beurteilungen verharmloste der 64-Jährige als „verwaltungsvereinfachend". Dabei hätte es Griese besser wissen müssen.

Schon 2014 setzte es den ersten gerichtlichen Warnschuss für das Ministerium. Nach einer offiziellen Änderung der Beurteilungspraxis, in der immerhin „in der Regel" Beurteilungen angefertigt werden sollten, verfielen die Grünen rasch wieder in alte Gewohnheiten und verabschiedeten sich zunehmend vom rechtlich gebotenen Weg. Dies gab auch Staatssekretär Griese am Ende zu. Die Besserungsbekundungen nach dem gewichtigen Urteil des rheinland-pfälzischen Oberverwaltungsgerichts im Sommer 2020 kamen schließlich zu spät.

Endgültig im Altparteienmilieu angekommen

Am 21. Dezember nahmen die mittlerweile ehemalige rheinland-pfälzische Umweltministerin Höfken und ihr Staatssekretär Griese ihre Entlassungsurkunden zum Ende des Jahres 2020 entgegen. Nicht leichtgefallen sei den beiden Grünen ihr Rückzug, jedoch solle sich das Umweltministerium wieder auf seine Fachthemen konzentrieren können.

Stressig wird der Beginn des neuen Jahres für die Familien- und Integrationsministerin Anne Spiegel (Grüne). Seit dem 1. Januar betreut die 40-Jährige das freigewordene Ministerium zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben. Darüber hinaus tritt die ehemalige Sprachlehrerin als Spitzenkandidatin für ihre Partei zur Landtagswahl an. Die neusten Enthüllungen werden eine große Herausforderung und könnten den bundesweit beobachtbaren Höhenflug der Grünen in Rheinland-Pfalz spürbar stoppen. In der letzten Wahlkreisprognose vom 12. Dezember fiel die Partei von 21 auf 15 Prozent zurück.

Durch die Enthüllungen rund um das Umweltministerium ist deutlich geworden, dass die Grünen im Schatten von Fridays-For-Future im Filz des Altparteienmilieus angekommen sind. Macht, Geld und Einfluss sind den ehemaligen Parlamentsrebellen schon lange wichtiger als Ideale.

Vetternwirtschaft hat eine neue Farbe: Giftgrün.

Leserbriefe

Sie sind gefragt!

Haben Sie Kritik oder Anregungen zu „Münzenmaiers Magazin"?

Sie möchten Ihre Meinung zu einem unserer Artikel sagen oder haben Ergänzungen zum Inhalt?

Dann schreiben Sie uns gerne einen Leserbrief mit dem Betreff: „Münzenmaiers Magazin – Leserbrief" an info@sebastian-muenzenmaier.de

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und Anregungen!

AfD Ortsverband Hassloch

Gastbeitrag von Journalist Peter Hain

Die aufrechten „AfD–Gallier“ von der Pfalz

Das Dorf Hassloch schreibt AfD–Geschichte

Die rot-grünen Legionen der Rhein-Metropole Mogontiacum beherrschen das Land. Das ganze Land? Mitnichten, da gibt es noch ein Dorf, das seine Freiheitsrechte tapfer verteidigt: Hassloch in der Provinz Palatia. Hier leistet ein gallischer Stamm erfolgreich Widerstand. Sein Motto: Alles für's Dorf – unsere Heimat! Die Aufrechten scharen sich um ihren Häuptling „Stufix“, der mutig wie Asterix kämpft.

Eine historische Legende? Nein, sondern hochaktuell: Es ist die Geschichte der AfD-Ortsgruppe Hassloch in Rheinland-Pfalz, die am 11. Januar 2018 gegründet wurde. Und es ist auch die Erfolgsstory von „Stufix“ Peter Stuhlfauth. Innerhalb von nur drei Jahren hat der 59-jährige Hauptkommissar über 50 engagierte AfD-Mitglieder um sich geschart. „Wir sind eine verschworene Gemeinschaft“, sagt der Ordnungshüter (Kürzel: „PS“).

Da ist es verständlich, dass sein Ortsverband sehr erfolgreich ist. So erreichte die AfD in Hassloch bei den Kommunalwahlen 15,9 Prozent der Stimmen, das ist der höchste Wert im Land (Rheinland-Pfalz gesamt 8,6 Prozent). „Im Gemeinderat haben wir sechs Sitze“, berichtet Obergallier Stuhlfauth. Die CDU hat acht, die SPD ebenfalls sechs Sitze. Und als Stuhlfauth kürzlich für das Bürgermeisteramt der 19.000-Einwohner-Gemeinde kandidierte, erreichte er 18,7 Prozent der Stimmen. In seinem eigenen Hasslocher Wahlbezirk kam Stuhlfauth sogar auf 41,9 Prozent. Das ist der höchste AfD-Prozentwert bei einer Bürgermeisterwahl in Rheinland-Pfalz.

Kein Wunder, dass da viele rechte Spitzenpolitiker der AfD gern zu Gast im Großdorf sind. Die AfD-Sommerfeste sind berühmt. „Hassloch ist mein Wohnzimmer, jeder Besuch ist ein Urlaub bei echten Freunden“, so MdB Sebastian Münzenmaier. „Wir machen Politik für die Bürger, teilen ihre Sorgen, wollen ihnen helfen“, beschreibt Stuhlfauth sein Erfolgsprogramm. Bei ihm heißt es „Transparenz statt Hinterzimmer, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Lebensqualität“. So sorgte die AfD Hassloch dafür, dass der Bau eines riesigen Logistikzentrums (56.000 Quadratmeter!) gestoppt wurde, das Menschen und Natur extrem belastet hätte.

Stuhlfauth und seine Mitstreiter sind überzeugt, dass der Kampf um Deutschlands Zukunft vor allem auch in den Gemeinden auf dem Land entschieden wird. „Eine engagierte Kommunalpolitik ist die beste Demokratie-Schule“, weiß Stuhlfauth. „Dort wo die regionale Identität ausgeprägt ist, sind die Bürger zufriedener und fühlen sich sicherer.“ Man könnte auch von einem Lokalpatriotismus im besten Sinne sprechen. Bei den kommenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 belegt der Polizist auf der AfD-Landesliste den aussichtsreichen Platz 8.

Ja, Hassloch ist ein Ort für Entscheidungen: So testet die Wirtschaft in dem Dorf hunderte von Produkten (Apfelsaft bis Zahnpasta), ehe sie auf den gesamtdeutschen Markt kommen. Die Hasslocher „ticken typisch deutsch“. Bei Bundestagswahlen erreicht die Gemeinde oft fast dieselben Ergebnisse wie Gesamtdeutschland. Auch politisch ist Hassloch, ein Trendsetter, was die AfD-Gallier immer wieder beweisen.

UM WAS GEHT ES?

Als starke Oppositionskraft sind wir in allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten. Aktiv hauchten wir dem komplett eingeschlafenen politischen Geschäft neues Leben ein und sprechen Themen an, die jahrzehntelang totgeschwiegen wurden. Die Demokratie ist durch die neue konservative Kraft belebt worden, Politiker des Altparteien- Einheitsbreis sehen sich Rededuellen ausgesetzt und in allen Ecken Deutschlands kämpfen Bundes-, Landtags- und Kommunalabge- ordnete für die Interessen des „kleinen Mannes".

Mit 34.000 Mitgliedern hat die Alternative für Deutschland den Roten, Grünen, Schwarzen und Gelben Polit-Profis eingeheizt und will weiter wachsen und Verantwortung übernehmen. Werden Sie Teil dieses Erfolgszugs und unterstützen Sie die Zukunft Deutschlands mit Ihrem Förderbetrag!

WAS MAN MIT 10 EURO MACHEN KANN?

Zehn Euro? Klingt nicht viel. Man kann dafür einen kleinen Snack im Imbiss um die Ecke kaufen oder sich zwei Feierabendbier in der Kneipe des Vertrauens genehmigen. Man kann diese aber auch in Aufklärung und die Zukunft Deutschlands stecken – jeden Monat.

Jeder Cent Ihres Beitrags fließt in die politische Arbeit für Deutschland und in die Bürgeraufklärung durch die AfD. Mit einem Betrag von 10 Euro drucken wir zum Beispiel 1.500 Flugblätter, 700 Aufkleber oder fünf Wahlplakate. Neben Druckmaterial sind es gerade auch digitale Angebote, die wir mit den Fördermitteln finanzieren, um den gleichgeschalteten Mainstream-Medien eine Informationsalternative gegenüber zu stellen.

Umso mehr Unterstützer, umso mehr Mittel stehen bereit und umso mehr Bürger können wir erreichen. Es kommt auf Jeden an!

WEITERE INFOS UNTER:
www.10er-fuer-deutschland.de

AfD vs. GEZ
Klarer Punktsieg für die Bürgerpartei!

„Für eine zeitgemäße Medienpolitik: Rundfunkbeitrag abschaffen!“

Als einzige Partei in Deutschland spricht sich die AfD in ihrem Grundsatzprogramm klar dafür aus, den maßlos überteuerten öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern Einhalt zu gebieten. Mit über acht Milliarden Euro Einnahmen leistet sich die Bundesrepublik den teuersten Rundfunk der Welt.

Allein die Intendanten der Sendeanstalten bekommen zwischen 245.000 und 395.000 Euro Jahresgehalt. Zum 1. Januar 2021 sollte jeder Beitragszahlerweitere86CentproMonatentrichten, um die fürstlichen Intendantenvergütungen und unverhältnismäßigen Moderatorengehälter zu bezahlen. Dabei hat sich der Beitrag von 1970 bis heute mehr als vervierfacht! Doch der AfD gelang ein Achtungserfolg gegen den scheinbar übermächtigen Gegner.

Für einen KO reichte es noch nicht, dennoch kann die verhinderte Erhöhung als wichtiger Punktsieg verbucht werden.

Wilde Tage im Dezember

Der 8. Dezember wird Georg Restle, Claus Kleber und Marietta Slomka in schmerzhafter Erinnerung bleiben. Rainer Haseloff, Ministerpräsident aus Sachsen-Anhalt, teilte dem Kabinett an besagtem Dienstag in Magdeburg mit, dass der Staatsvertrag zur Anhebung des Rundfunkbeitrags zurückgezogen wird. Haseloff ging mit seiner Entscheidung einer Abstimmung im Landtag aus dem Weg, bei welcher seine Fraktion vermutlich zusammen mit der AfD eine Mehrheit gebildet hätte. Da der linke Mainstream und die CDU-Parteizentrale diese gemeinsame Abstimmung nicht gerne gesehen hätten, wählte der Landeschef den einfachen, hasenfüßigen Weg und vermied eine offene Abstimmung.

Mit dieser Entscheidung war eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 17,50 Euro auf 18,36 Euro vom Tisch. Auch der Eilantrag der Öffentlich-Rechtlichen am 22. Dezember wurde vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt.

Ein klarer Punktsieg für unsere AfD, die die CDU in Sachsen-Anhalt förmlich vor sich hertrieb. Während die Grünen und die SPD, die Koalitionspartner der Christdemokraten, weiter auf eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags pochten und trotz Krisenzeiten eine zusätzliche Belastung der Bürger in Kauf nehmen wollten, war die von Reiner Haseloff geführte Fraktion in Magdeburg noch unschlüssig. Während die AfD als zweitgrößte Kraft entschlossen hinter ihrem Nein zur Erhöhung der Gebühren stand und weiterhin steht, eskalierte der Streit innerhalb der schwarzen Fraktion zusehends. In einem nicht abgesprochenen Interview hatte der mittlerweile ehemalige Landesvorsitzende Holger Stahlknecht

(CDU) angekündigt, bei einer fehlenden Einigung mit Grünen und SPD auf eine CDU-Minderheitsregierung im Land zu setzen. Nur wenige Stunden später musste Stahlknecht seinen Hut nehmen. Der Ministerpräsident entließ seinen Parteikollegen aufgrund des schwer gestörten Vertrauensverhältnisses. Der Innenminister habe öffentlich einen Koalitionsbruch in Kauf genommen, so die Staatskanzlei in einer Pressemitteilung.

Riesen Erfolg für Deutschlands einzige Opposition!

Das CDU-Chaos ändert am Erfolg unserer AfD nichts. Das Ziel, die öffentlich-rechtlichen Sender nicht noch fürstlicher für ihre parteiische Arbeit zu entlohnen, ist erreicht. Dank des Drucks der Alternative für Deutschland werden die Bürger finanziell nicht mehr belastet und müssen für das auf links getrimmte Programm in schlimmen Krisenzeiten keine zusätzliche Abgabe leisten. Ein dickes blaues Auge für ARD und ZDF!

Schon im Jahr 2019 stellte die Alternative für Deutschland ihr Grundfunk-Konzept vor, dass mit nur zehn Prozent des bisherigen öffentlich-rechtlichen Gesamthaushalts auskäme und trotzdem alle relevanten Bereiche von Nachrichten über Sport bis zu regionalen Nachrichten abdeckt. Vielleicht sollten die überbezahlten Moderatoren und Intendanten einen Blick auf das Konzept werfen und ihre bisherige Verschwendungssucht ablegen.

Sonst geht der öffentlich-rechtliche Rundfunk womöglich bald komplett KO.

Alternative Nachrichten

Damit Sie auf dem Laufenden bleiben!

In Zeiten, in denen viele etablierte Medien geradezu ungehemmt gegen unsere Bürgerpartei hetzen, ist es umso wichtiger, dass ich mit Ihnen direkt in Kontakt treten kann und Sie eine Berichterstattung ohne den Filter der politischen Korrektheit empfangen können!

Ich freue mich auf Ihre Anmeldung bei Telegram und über Ihr großes Interesse an meiner Arbeit! Gemeinsam werden wir den Altparteien weiterhin Druck machen und für ein weiteres Erstarken unserer AfD sorgen!

Abonnieren Sie jetzt den "Infokanal Münzenmaier" bei Telegram und erhalten Sie Neuigkeiten, Infos und Nachrichten aus erster Hand.

Jetzt Kanal abonnieren unter >> t.me/infokanal_muenzenmaier

oder suchen Sie in der Telegram–App nach "Infokanal Münzenmaier".

AfD deckt auf

Immer mehr Kindergeld geht ins Ausland

Dank der Bundesregierung mit ihrer Leidenschaft zum Multilateralismus (Übersetzt: „Die anderen zuerst“) und der EU kann jedes Elternteil, welches in Deutschland lebt oder arbeitet, Kindergeld bekommen, selbst wenn die restliche Familie im Ausland ihren Wohnsitz hat.

Die AfD wies schon von Anfang an auf den fatalen Umstand hin, dass sich daraus ein regelrechtes Geschäftsmodell entwickeln könne. Gerade in den osteuropäischen Ländern ist das Lohnniveau derart niedrig, dass man sich mit deutschem Kindergeld ein für dortige Verhältnisse hohes Einkommen „erwirtschaftet“. Dafür muss sich nur ein Elternteil in Deutschland aufhalten.

Immer mehr Kindergeld für ausländische Kinder

Die AfD deckte mit Anfrage im Bundestag erschreckende Zahlen auf. Schon im Jahre 2019 wanderten 379,9 Millionen Euro deutsches Steuergeld als Kindergeld ins Ausland. 2020 stieg dieser Betrag noch mal kräftig auf 427,4 Millionen Euro. Seit 2015 hat sich das Geld für Kinder, die im Ausland leben, verdoppelt. Von 158.169 Empfängern auf 330.063.

René Springer, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, äußerte sich dazu in einer Pressemitteilung:
„Immer mehr Kinder mit Wohnsitz im EU-Ausland erhalten deutsches Kindergeld. In einigen osteuropäischen Ländern entspricht das Kindergeld für zwei Kinder bereits einem Monatslohn. Das schafft Anreize zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, die mit jeder Kindergelderhöhung noch weiter verstärkt werden.“

Als Lösung schlägt Springer vor:

„Um das zu verhindern, haben wir als AfD-Fraktion die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, dem österreichischen Beispiel zu folgen und das Kindergeld auf die Lebenshaltungskosten vor Ort abzusenken. Aber unsere deutschen Interessen stehen schon lange nicht mehr auf der Agenda der Bundesregierung.“

In Österreich werden die Zahlungen des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten des Staates angeglichen, in denen sich die Kinder aufhalten.

Immer mehr Steuergeld geht ins Ausland und die Bundesregierung bleibt untätig

Die Bundesregierung bleibt auch beim Kindergeld für im Ausland lebende Kinder ihrer Haltung treu, die Interessen der eigenen Bürger stets hinten anzustellen. Während sich hier ein regelrechtes Geschäftsmodell entwickelt und auch Betrug bei falschen Angaben zu nicht existenten Kindern weiterhin Tür und Tor offensteht, sehen die Altparteien scheinbar weiter keinen Handlungsbedarf. Ohne die AfD wäre diese skandalöse Vorgänge im Verborgenen geblieben.

*innen

Gendern als Markenzeichen des linken Establishments

Haben Sie schon mal von den Geschlechtern „Butch“, „Two Spirit“ oder „Intergender“ gehört oder können gar aus dem Stegreif erklären, was die Definition derer sein soll?

Falls nein, dann wird es Ihnen so wie der großen Mehrheit der Bürger in Deutschland gehen. Bei diesen Begriffen handelt es sich um Bezeichnungen von sogenannten Geschlechteridentitäten. Ergebnis von „Genderwissenschaften“, die mittlerweile weit verbreitet an deutschen Universitäten unterrichtet wird. Ausgehend von der Annahme, das biologische Geschlecht habe keinerlei Einflüsse auf die „Geschlechteridentität“ (Gender) haben „Gender Studies“ in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Weg in den Mainstream zurückgelegt und werden seit Anfang 2021 sogar im Duden berücksichtigt.

Anfangs noch als Nischenprojekt radikaler Linker verlacht, ist das Gendern inzwischen an jeder Universität allgegenwärtig und alle Studenten bzw. genderkorrekt „Studierenden“ sehen sich in ihrem Studium früher oder später damit konfrontiert, in ihren Arbeiten beispielsweise nicht mehr von „Fahrradfahrern“ oder „Fußgängern“ zu schreiben, sondern „Fahrradfahrender*innen“ oder „Zu Fuß gehende Personen“ zu verwenden.

Klingt für die meisten lächerlich, ist es aber nicht. Denn das Gendern ist eine radikal linke Ideologie und wie es bei Ideologen üblich ist, verzichten diese auf wissenschaftliche Tatsachen und warten nicht darauf, dass sie die Gesellschaft mit Argumenten überzeugen, sondern setzen vor allem auf Zwang. Der „Studierende“ hat eben nicht die Wahl, ob er „Buchhalter“ oder „Buchhalter*innen“ in seiner Abschlussarbeit schreibt, genauso wenig wie der Unternehmer nicht die Wahl hat, in einer Stellenausschreibung „m / w / d“ (männlich, weiblich, divers) anzugeben. Sie werden per Verordnung dazu gezwungen.

Gendern als Ausdruck eines linksgrünen Zeitgeistes

Dass die Genderideologie verordnet werden muss, ergibt sich nicht nur aus ihrem pseudowissenschaftlichen Hintergrund, sondern vor allem auch aus ihrer mangelnden Praxistauglichkeit. Man muss beim besten Willen kein Sprachwissenschaftler sein, um zu merken, dass die ganzen Binnensternchen, Sprechpausen und „innen" für einen unangenehmen, Sprach-, Schreib- und Lesefluss sorgen.

Man kann von belehrenden Linken, welche sich stets auf der Seite des Guten wähnen, sagen, was man will, aber an Eifer und Hartnäckigkeit fehlt es ihnen nicht. Vor allem wenn es ihnen darum geht, die Welt in ihren Augen besser zu machen. Und wo findet man diese Klientel abseits der Elfenbeintürme der modernen „Geisteswissenschaften"? Natürlich vor allem in den Funktionärsebenen der Altparteien, aber besonders häufig in den Redaktionsstuben und etablierten Medienhäusern.

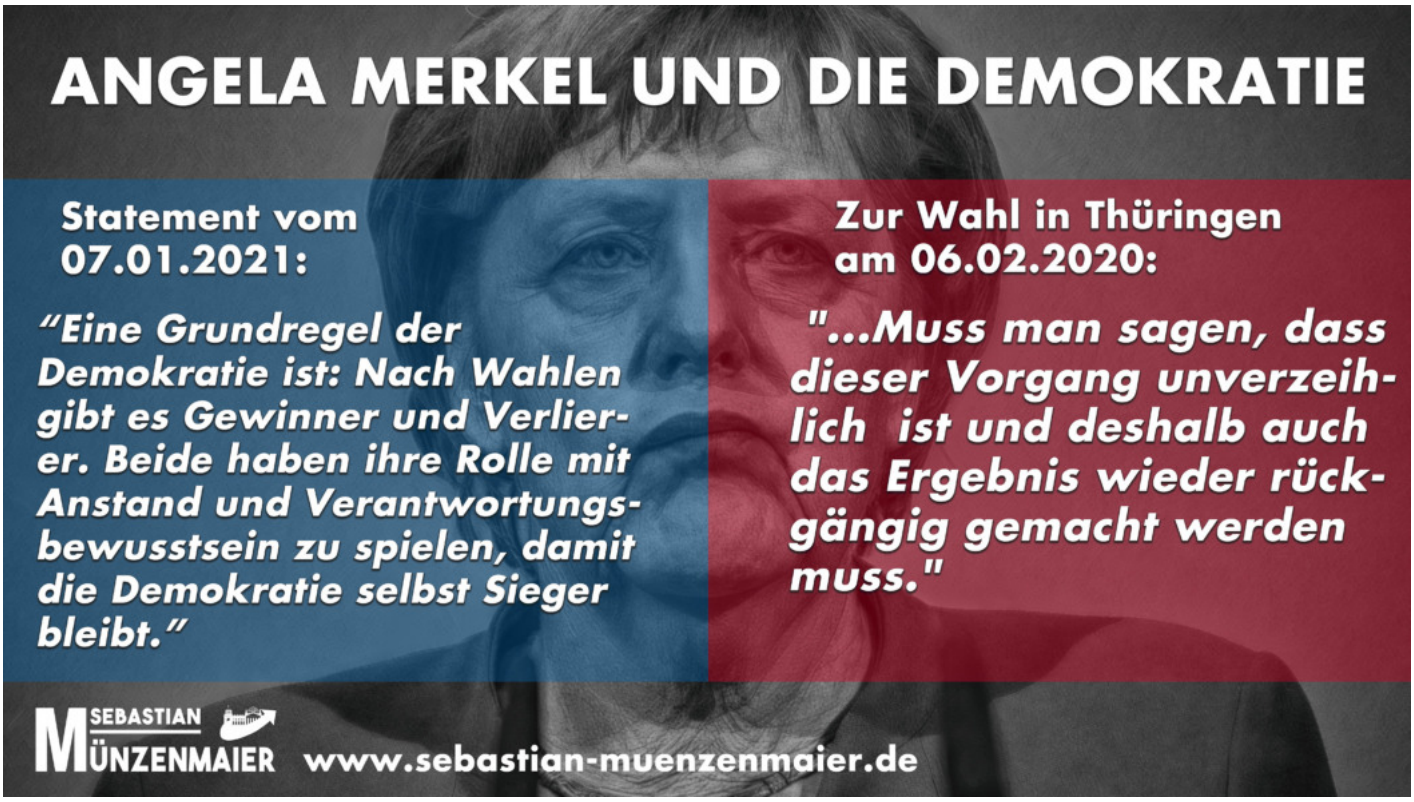
Beim Öffentlich-Rechtliche Rundfunk wird im Jahre 2021 schon fleißig gegendert. Hörbar und sichtlich bemüht werden in die Wörter Kunstpausen eingebaut und das berüchtigte „innen" angefügt. Merkel trifft sich dann nicht mehr mit den Ministerpräsidenten, sondern mit den „Ministerpräsident*innen" oder der Vertreter des „Bundes der Steuerzahler*innen" ist in die Talkshow eingeladen. Bei letzterem kam sogar die per Parteibuch genuine Genderexpertin Annalena Baerbock ins Straucheln und verhaspelte sich zum „Bund der Steuer*innenzahler".

Wer offen bekundet, dies lächerlich, unnötig oder gar gefährlich für die Entwicklung der deutschen Sprache zu halten, macht wie üblich schnell mit der den politischen Linken innewohnenden Rabulistik Bekanntschaft. Man sei „diskriminierend", „rückständig", „biologistisch", „reaktionär", „antiquiert" und hänge an patriarchalischen Vorstellungen, heißt es dann. Im Prinzip die gleiche infantile Einteilung in „Gut" und „Böse" wie bei vielen anderen heiligen Kühen derer, die scheinbar die Moral mit Löffeln gefressen haben.

Wer gendert, gehört dazu

Gendern ist bei Deutschlands selbsternannter politischer und medialer Elite längst keine Geschmacksfrage mehr, sondern ein Bekenntnis. Es ist absurd zu glauben, den Genderisten würde nicht auffallen, wie sperrig es klingt, wenn sie ihre sprachlichen Verrenkungen praktizieren. Sie tun es trotzdem aus voller Überzeugung. Vordergründig nehmen sie den Verlust linguistischer Ästhetik in Kauf, um Minderheiten zu schützen und nicht zu diskriminieren. Das ist allerdings eine Antwort auf eine Frage, die nie gestellt worden ist. Eine Krankenpflegerin wird sich wohl mehr Sorgen um ihr Auskommen und ihre Arbeitsbedingungen machen, anstatt darum, ob „die Pfleger*innen" anstatt „die Pfleger" gesagt wird.

Vielmehr ist das offensive Gendern eine Form der moralischen Erhebung. Es geht nicht darum, der Rächer der Enterbten zu sein, sondern sich einfach nur als solcher darzustellen. Der Journalist, der eifrig um Gendern bemüht ist, sendet damit ein Zeichen aus. Man bekennt sich zum linksgrünen Zeitgeist. Im Prinzip ist Gendern eine Chiffre für „Ich gehöre zur linksliberalen moralischen Elite dazu". Ist es in vielen Studiengängen Pflicht per Verordnung, sich mit binnen-i und Sternchen auszudrücken, so ist es in so manchen Berufen unterschwellige Voraussetzung für das Fortkommen in der Karriere.
Der linksradikale Kern der Gender-Ideologie ist vor allem in ihrem absoluten Anspruch, auf der richtigen Seite zu stehen und Kritiker zu diffamieren, deutlich erkennbar. Sie ist ein wichtiges Element grüner Gleichmacher, den Bürgern vorzuschreiben, was sie zu denken und welche Meinung sie zu vertreten haben. Genau das macht die Gender-Ideologie so gefährlich und es umso wichtiger, immer wieder zu betonen: Wer gendert, versündigt sich nicht nur an der deutschen Sprache, sondern ist auch weit davon entfernt für moralische Belehrungen qualifiziert zu sein.


ANGELA MERKEL UND DIE DEMOKRATIE
Statement vom 07.01.2021:
“Eine Grundregel der Demokratie ist: Nach Wahlen gibt es Gewinner und Verlierer. Beide haben ihre Rolle mit Anstand und Verantwortungsbewusstsein zu spielen, damit die Demokratie selbst Sieger bleibt.”
Zur Wahl in Thüringen am 06.02.2020:
"...Muss man sagen, dass dieser Vorgang unverzeihlich ist und deshalb auch das Ergebnis wieder rückgängig gemacht werden muss."
SEBASTIAN MÜNZENMAIER
www.sebastian-muenzenmaier.de

DIE CSU UND DIE GRÜNEN
Markus Söder wirbt für Schwarz-Grün am 03.02.2021:
"Ein verlässlicherer Partner als viele andere Parteien"
CSU im Bundestag via Twitter am 08.02.2021:
"Das Programm der Grünen ist wohlstandsgefährdend für Deutschland"
SEBASTIAN MÜNZENMAIER
www.sebastian-muenzenmaier.de

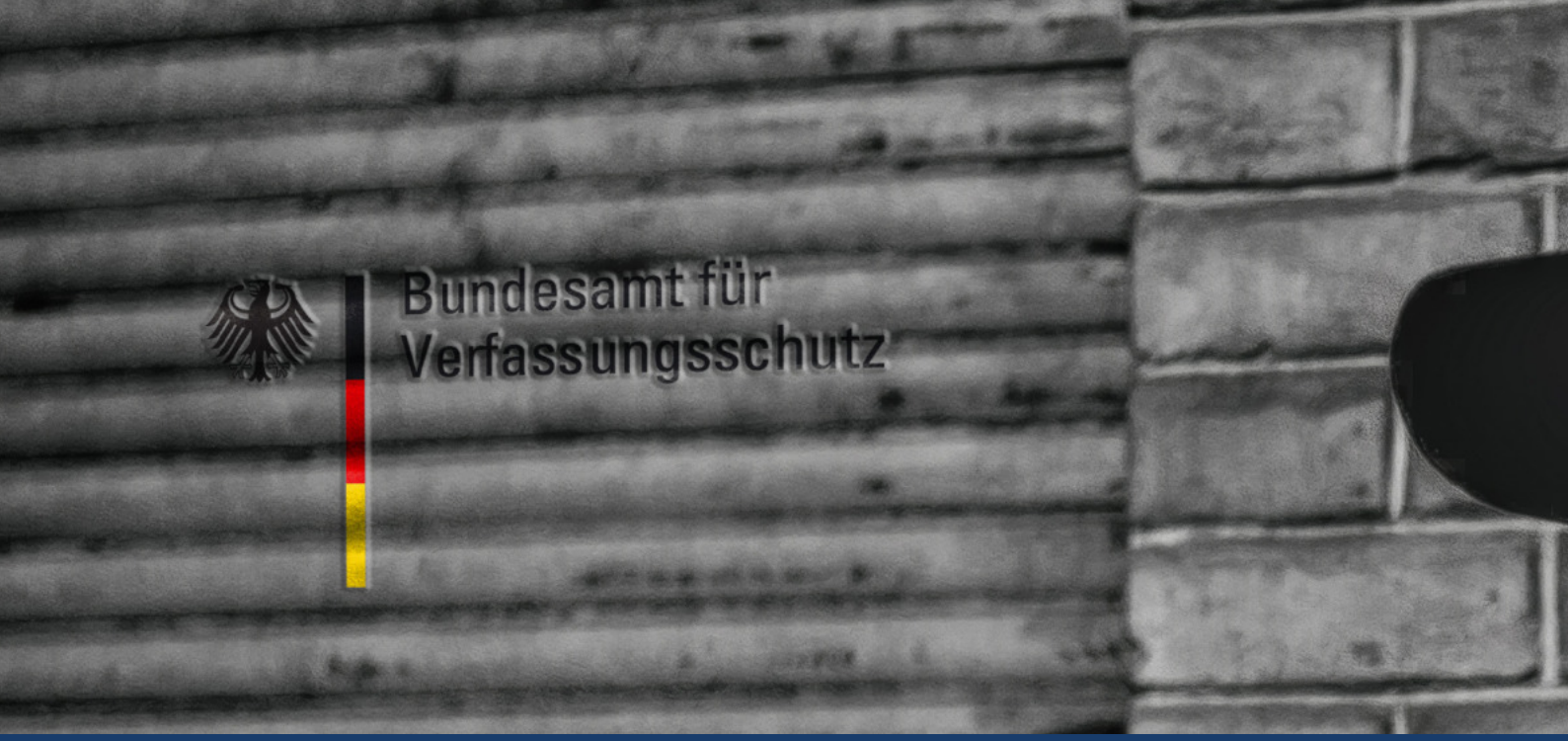
Impressionen

Aktiv für Deutschland

RHEINLAND-PFALZ AfD

LANDESPARTEITAG
RHEINLAND-PFALZ

SEBASTIAN
MÜNZENMAIER



Von der Grenze der Freiheit

Der Verfassungsschutz als illegitimer Inlandsgeheimdienst

Ein „knacken“ in der Telefonleitung während man mit einem Bekannten telefoniert. Ein seit Tagen vor dem Fenster geparkter grauer Lieferwagen. Finstere Gestalten und huschende Schatten im schummrigen Licht der Straßenbeleuchtung – wenn es um das Thema Inlandsgeheimdienst geht, ist die Liste der Assoziationen lang und wird von unzähligen kitschigen Hollywood-Klischees bedient. Die Realität ist bei weitem erschreckender und im kollektiven Gedächtnis mit unzähligen Einzelschicksalen verknüpft.

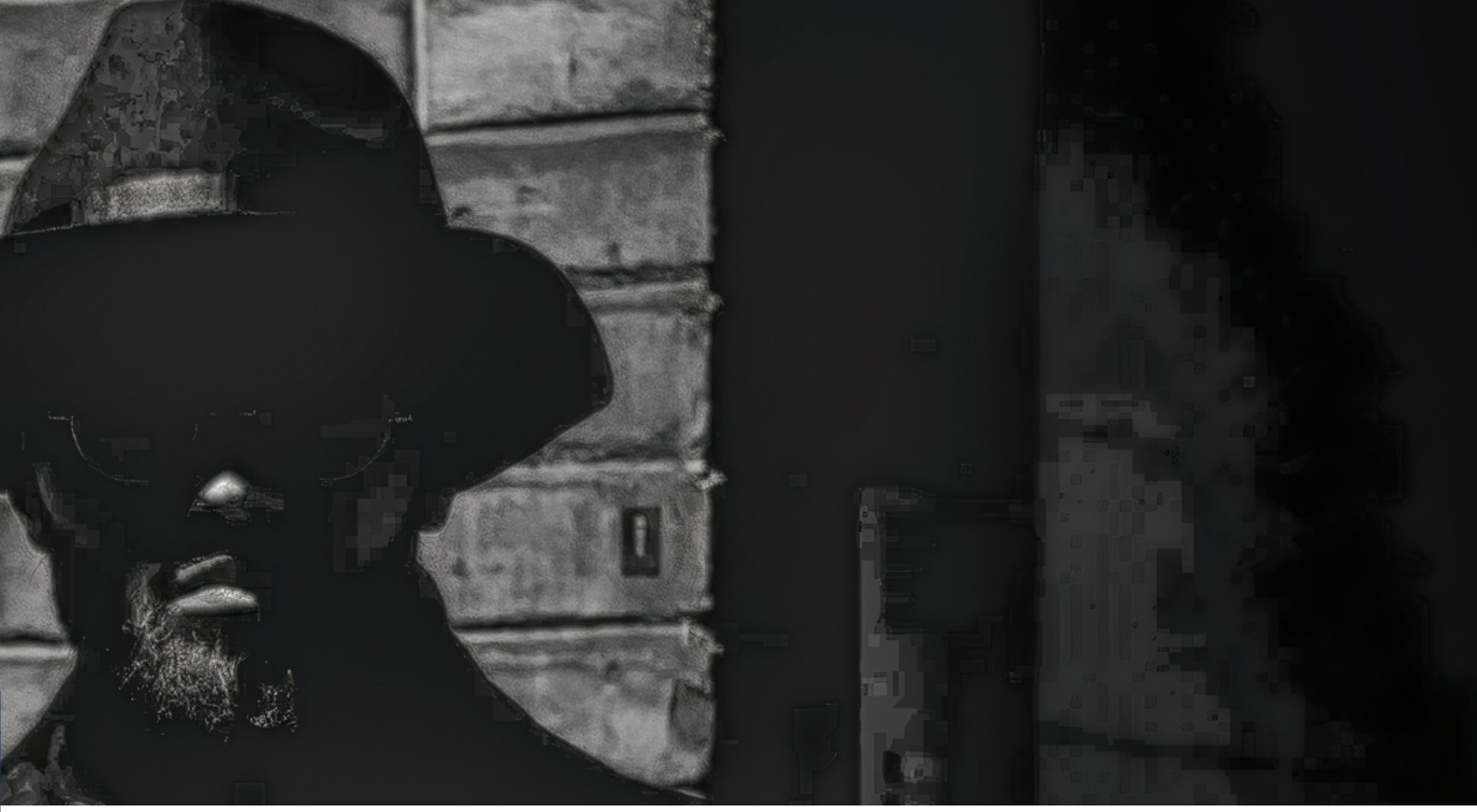
Als mahnendes Beispiel fungiert dabei die eigene deutsche Geschichte, die mit der „Gestapo“ (Geheime Staatspolizei während der Zeit des Nationalsozialismus) und der „Stasi“ (Kurzform für Ministerium für Staatssicherheit / Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik) zwei Inlandgeheimdienste hervorbrachte, die mit tödlichen Präzision gegen das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes gerichtet war. Aufgrund dieser Erfahrungen drängt sich zwingend die Frage auf, weshalb wir heute mit dem „Bundesamt für Verfassungsschutz“, eine Behörde in der Mitte unserer vermeintlichen freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft dulden, die weiterhin das eigene Volk in den Blick nimmt. Was folgt ist eine kritische Betrachtung der Institution „Bundesamt für Verfassungsschutz“.

Einflussnahme von Alliierten und SS–Mitgliedern

Das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ ist im November 1950 unter strenger Aufsicht der Alliierten gegründet worden. Vornehmlicher Zweck: Schutz der Verfassung vor extremistischen Bestrebungen.

Bis 1955 stand die Behörde unter Aufsicht der Alliierten. Die Befugnisse und die Arbeitsweise des Amtes entsprachen den Vorgaben des Polizeibriefes der Alliierten vom 14. April 1949. Dieser erlaubte die Einrichtung einer „Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten“.

Durch die strenge Einflussnahme der Alliierten auf den Behördenalltag sollte vermieden werden, dass ehemalige Mitglieder von NS-Organisationen in der neu geschaffenen Behörde eine Anstellung finden. Eine Praxis, die mit zunehmender Selbstständigkeit der Behörde, fallen gelassen wurde und spätestens mit der Anstellung von Richard Gerken als Leiter der „Abteilung 4 – Spionageabwehr“ ihren Höhepunkt fand. Gerke stellte dabei, von den damaligen Präsidenten Otto John und Hubert Schrübbers toleriert, freie Mitarbeiter mit ehemaliger SS-Mitgliedschaft ein. Der Vorwurf: Arbeitsweisen und Informationsbestände der Gestapo fanden Eingang



in den bundesdeutschen Verfassungsschutz, zudem kam es zu einer Wiederbeschäftigung früherer Täter. Ein Zustand, der erst nach Bekanntwerden des Skandals behoben wurde. Eine eigentliche kritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit leitet die Behörde allerdings erst 2009 ein, als der damalige Präsident des Amtes, Heinz Fromm, eine Kommission einberief, die unter der Verantwortung zweier Historiker eine Aufarbeitung der Behördengründung vornahm. Die Historiker attestierten dabei einen „durch vielerlei Umstände stark reduzierten Quellenbestand".

Die politische Opposition im Visier

Die Personalstruktur mag sich im Lauf der Zeit geändert haben, die Ausrichtung des „Bundesamt für Verfassungsschutz" ist gleichgeblieben. Der Blick ist starr auf die politische Opposition der BRD gerichtet. Der Verfassungsschutz etablierte sich als Regierungsschutz.

In Anbetracht der anfänglichen Einstellungspraxis und des aufziehenden Kalten Krieges erscheint es nicht verwunderlich, dass vermeintliche kommunistische Umtriebe in den Blick genommen wurden. Dies führte z. B. zur Bespitzelung von Hartmut Schulze-Boysen, Bruder des Widerstandskämpfers Harro Schulze-Boysen, der 1942 von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde. Ein anderes Beispiel für das skandalträchtige Wirken des Verfassungsschutzes ist die Durchsetzung des Radikalenerlasses. Einer Verordnung, die 1972 unter Bundeskanzler Willy Brandt erlassen, die verpflichtende Überprüfung von angehenden Beamten auf ihre Verfassungstreue vorsah. In Zuge dessen kam es durch den Verfassungsschutz zur Überprüfung von bundesweit insgesamt 3,5 Millionen Personen – Sperrvermerke und Berufsverbote waren die Folge.

Eine daraus abgleitet linke Mär – dass der Verfassungsschutz lediglich gesellschaftlich und politisch linksstehende Gruppen, Institutionen und Personen ins Visier nimmt, auf dem „rechten Auge aber blind" ist – verkennt das Funktionssystem Geheimdienst und die aktuellen Entwicklungen. Gegenstand von Bewertungen und Beobachtungen des „Bundesamt für Verfassungsschutz" waren zu jeder Zeit den Regierenden konträr stehende Meinungen, dabei war es – wie die Durchsetzung des Radikalenerlasses zeigte – unwesentlich ob es um tatsächliche oder vermeintliche extremistische Einstellungen ging. Ausschlaggebend war die, eingangs erwähnte, Einordnung von „umstürzlerischen, gegen die Bundesregierung gerichteten Tätigkeiten". In einem Artikel vom Juni 1985 schrieb beispielsweise der Spiegel:

Die „Sammelwut [des Verfassungsschutzes] geht so weit, daß jeder Bundesbürger, der nur seine Grundrechte wahrnimmt, fürchten muß, vom Verfassungsschutz erfaßt zu werden".

Durch diese, bis heute nicht veränderte, Herangehensweise gerät zwangläufig jede neue politische oder gesellschaftliche Strömung ins Visier des Verfassungsschutzes, die sich konträr der vorherrschenden Regierungsmeinung äußert. Ein Schicksal, das Vertreter der 68-Bewegung, der Neuen Linken, der Grünen, der nach der Wiedervereinigung gegründeten Partei Die Linke und schließlich der AfD teilen.

Rechtsbeugendes und teilweise rechtswidriges Handeln

Weiterführend würden damit auch zwangläufig alle Projekte ins Visier des Verfassungsschutzes fallen, die konträr der Regierungsmeinung eine gewisse Wirkungsgröße entfalten und Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess und den gesellschaftlichen Diskurs nehmen – als Beispiel sei hier die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit" erwähnt, die nach Erwähnung als „rechtsextreme Publikation" im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen klagte. Im Mai 2005 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass die Erwähnung des konkreten Presseorgans als rechtsextreme Publikation im entschiedenen Einzelfall im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen eine unzulässige Einschränkung der Pressefreiheit darstelle.

Das Beispiel zeigt einen der wesentlichen Kritikpunkte des Verfassungsschutzes auf. Dessen rechtsbeugendes, zuweilen rechtwidriges Handeln, um selbst in den politischen Meinungsbildungsprozess einzugreifen.

Als einer der wichtigsten Kritiker der Verfassungsschutzpraxis gilt der Staatsrechtler Dietrich Murswiek. Bezugnehmend auf den Verfassungsschutzbericht kritisierte er das Prozedere der „Verdachtsberichtserstattung":
„In den meisten Verfassungsschutzberichten wird nicht nur über erwiesene Verfassungsfeinde berichtet, sondern auch über solche Organisationen, die von der Verfassungsschutzbehörde lediglich verdächtigt werden, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu verfolgen. Diese Praxis ist rechtswidrig. Sie findet in den Verfassungsschutzgesetzen keine Grundlage und verstößt zudem gegen das Grundgesetz."
Eine Verdachtsberichterstattung begründet sich also nicht auf gesicherte Erkenntnisse im Zuge von Ermittlungen, sondern auf Vermutungen. Murswiek führt weiter aus, dass es dabei zu bewussten rechtsstaatswidrigen Konstruktionen von Verdachtsebenen kommt:

„Der Verfassungsschutz bekämpft also Organisationen, für die er lediglich Anhaltspunkte dafür hat, dass sie verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen, genauso wie erwiesene Verfassungsfeinde, und er setzt sein Sanktionsinstrumentarium auch gegen diejenigen ein, die sich – weil sie den Verdacht nicht teilen – an der Ausgrenzung dieser des Extremismus lediglich verdächtigten Organisationen nicht beteiligen. Schon die erste Stufe – die Bekämpfung auf Verdacht hin – ist rechtsstaatswidrig. Die zweite Stufe, die Verdächtigung und Bekämpfung auch desjenigen, der den auf der ersten Stufe Verdächtigten nicht ausgrenzt, ist noch schlimmer."

Bewusste Einflussnahme auf den gesellschaftlichen Diskurs

In seinen Schriften verweist Murswiek zudem nachdrücklich auf die Ambivalenz des Verfassungsschutzes:
„Nach der Konzeption des deutschen Verfassungsschutzrechts sind die Verfassungsschutzbehörden keine Polizeibehörden. Es gilt das „Trennungsgebot" (z.B. § 2 Abs. 1 Satz 3 BVerf-SchG): Verfassungsschutz und Polizei sind organisatorisch getrennt. Der Verfassungsschutz hat keine operativen Gefahrenabwehraufgaben, sondern er ist lediglich für die Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen zuständig sowie für die Information der Regierung und der Öffentlichkeit über diese Bestrebungen – so die gesetzliche Kon-zeption. […] Dennoch sind die Verfassungsschutzbehörden keine reinen Informationssammelstellen. Hinsichtlich seiner faktischen Wirkungen, aber auch nach Selbstverständnis und Intention der Verfassungsschutzbehörden, die sich selbst als „Frühwarnsystem" begreifen, geht die Tätigkeit des Verfassungsschutzes über die reine Informationssammlung, -auswertung und -vermittlung weit hinaus: Zumindest die Information der Öffentlichkeit über die Beobachtung einer Organisation durch den Verfassungsschutz beziehungsweise über ihre Einstufung als extremistisch dient nicht lediglich der sozusagen neutralen Mitteilung von Tatsachen, sondern sie dient zugleich der Bekämpfung dieser Organisation. Der Verfassungsschutz spricht implizit ein amtliches negatives Werturteil und eine Warnung vor dieser Organisation aus."

Dem „Bundesamt für Verfassungsschutz“ geht es also um eine bewusste Einflussnahme als Regierungsbehörde auf den gesellschaftlichen Diskurs. Dabei erscheint es lediglich als Trivialinformation, dass von 14 Präsidenten des Verfassungsschutzes seit der Gründung 1950, lediglich vier parteilos agiert haben, alle anderen waren im Kreise der CDU/CSU und der SPD zu finden.

„Vertrauensmänner“ als Anstifter

Abseits der politischen Einflussnahme ist ein weiterer großer Kritikpunkt die Arbeit mit V-Männern. Dabei handelt es sich um Vertrauensmänner des „Bundesamts für Verfassungsschutz“ in beobachten Institutionen, die den Verfassungsschutz mit Informationen versorgen.
Ein Großteil dieser Personen gehörte der beobachteten Institution bereits an und agierte meist an hervorgehobener Position. Der Einsatz von V-Männern löste wiederholt Kritik aus, da diese zuweilen als „agent provocateur“ in Erscheinung traten und an der direkten Eskalation von z. B. Demonstrationen beteiligt waren.

Als Beispiel ist hier der V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes, Peter Urbach, genannt, der Ende der 1960er Jahre Bomben und Waffen an Personen aus der Berliner Studentenbewegung, die später zu den Gründungsmitgliedern der Rote Armee Fraktion gehörten, lieferte. Urbach wurde vor allem durch seinen Einsatz bei einer Demonstration vor dem Gebäude des Springer-Konzerns am 11. April 1968 bekannt, die als Reaktion auf das Attentat auf Rudi Dutschke stattfand. Er versorgte die Demonstranten aus einem großen Weidenkorb mit etwa einem Dutzend zündfertiger Molotowcocktails. Dies führte mit zur gewalttätigen Eskalation der Demonstration und zum Abbrennen mehrerer Lieferwagen des Verlags.
Ein anderes Beispiel ist der enttarnte V-Mann Peter Weinmann, der seitens des Verfassungsschutzes aus dem militanten rechtsextremen Spektrum rekrutiert wurde, dort nachweislich andere Anhänger zu gesetzeswidrigen Handlungen provozierte, aber insgeheim als Doppelagent für die Geheimdienste der DDR und Italiens tätig war und sogar enge Verbindungen zur CDU pflegte.

Was bleibt ist der fade Beigeschmack, dass das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ eine seit Beginn ihrer Gründung parteipolitische oder zumindest von den Regierenden instrumentalisierte Behörde ist, die durch Skandale und rechtswidrige Handlungen versucht, gezielt auf den gesellschaft-lichen Meinungsaustausch einzuwirken und den politischen Willensbildungsprozess zu unterminieren.

Für jeden sollte sich nun die Frage stellen, inwieweit Bewertungen und Einschätzungen des Verfassungsschutzes, überparteilich und unabhängig sind und ob es am Ende nicht besser wäre, den Verfassungsschutz in dieser Form abzuschaffen?

Magazin verpasst?

Auf meiner Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienenen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

www.sebastian–muenzenmaier.de/muenzenmaiers–magazin

Politische Einflussnahme auf Verfassungsschutz in Berlin

Skandalöser Umgang mit VS-Gutachten

In den vergangenen Wochen haben mehrere Medien unabhängig voneinander berichtet, dass der sogenannte Verfassungsschutz in der kommenden Woche die Beobachtung der AfD als Gesamtpartei verkünden möchte. Die Einstufung als „Verdachtsfall" ermöglicht es der Behörde, Telefonate von Mitgliedern abzuhören, diese zu observieren und V-Leute in der Partei anzuwerben. Damit soll die Bespitzlung der einzigen Opposition in Deutschland vollzogen und der Partei im Superwahljahr 2021 massiv geschadet werden. Die Bürgerpartei kündigte bereits eine Klage dagegen an.
Dass die kommende Beobachtung politisch motiviert ist und sich nicht begründen lässt, hat sich im Januar beispielhaft in Berlin gezeigt. Ein Bericht des dort ansässigen Verfassungsschutzes, über den zuerst in der Jungen Freiheit zu lesen war, sieht bei der AfD keine verfassungsfeindlichen Tendenzen. Die Innenverwaltung um das Ex-SED-Mitglied und heute Innensenator Andreas Geisel (SPD) will den Autor des Papiers nun entlassen.

Das Gutachten, das der Politik missfällt

Ein insgesamt 43-seitiges Gutachten, das laut Medienberichten im Dezember 2020 in der Senatsinnenverwaltung angefertigt wurde, entlastet den Berliner Landesverband massiv vom Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit.

Eine „Aktivität zur Beseitigung oder zu einer Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung in einer Richtung der mit den Grundprinzipien der fdGO (freiheitlich demokratische Grundordnung) nicht zu vereinbaren Grundordnung", die „von einem direkten Vorsatz" begleitet sein müssen, sei nicht gegeben:

„Dieser Vorsatz kann der AfD Berlin nicht nachgewiesen werden."

In zahlreichen Einzelbeispielen wird im Bericht ausgeführt, dass beispielsweise sarkastische Äußerungen zu Geschehnissen „kein Beleg für eine verfassungsfeindliche Einstellung" seien.

Zum Ende resümiert der Autor eindeutig:
„In der Gesamtschau der gesammelten Erkenntnisse zur AfD Berlin sind keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte ersichtlich, die die Schwelle zum Verdachtsfall überschreiten."

Der Sprecher des Innensenators Geisel, Martin Pallgen, reagierte prompt. Das vorliegende Papier sei nur ein Zwischenbericht, ebenso habe er methodische Mängel. Darüber hinaus seien die Erkenntnisse nicht nach Richtlinien bemessen worden, die für den Verfassungsschutz gelten, so der Sprecher zur Berliner Zeitung.

Pallgen erläuterte, dass die Behörde Strafanzeige wegen Geheimnisverrats stellen und personelle Konsequenzen in der betroffenen Abteilung ziehen werde. Der Verfasser des Gutachtens wird sich wohl einen neuen Job suchen müssen.

Von Haldenwang bis Geisel: Die willigen Erfüllungsgehilfen des Politestablishments

Wer es bisher noch an die Integrität des Verfassungsschutzes geglaubt hat, dem werden spätestens die Vorkommnisse in Berlin die Augen geöffnet haben. Die Behörde in der jetzigen Form ist zu einer kompletten Marionette des politischen Mainstreams verkommen, die in Innensenatoren wie Geisel oder dem Präsident Thomas Haldenwang (CDU) willige Vollstrecker gefunden hat.

Die kommende Einstufung der AfD als Verdachtsfall ist rein politisch motiviert und soll dazu führen, dass die Partei massive Wähler- und Mitgliederverluste verkraften muss. Die offensichtlichsten Verfehlungen der Behörde sind jedoch so gravierend, dass jeder Beobachter merken sollte, worauf die Beobachtung eigentlich abzielt. Davon wird sich die größte Oppositionspartei nicht beirren lassen und ihre Erfolgsgeschichte mit ihren treuen Anhängern weiter fortsetzen.

Dieser Verfassungsschutz hat fertig.

Karikatur

Handreichung der AfD

Für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst

zu den Folgen einer möglichen Verfassungsschutzbeobachtung der AfD

Die Regierung will die AfD als oppositionelle Bürgerpartei und drittstärkste politische Kraft in Deutschland mundtot machen und versucht Mitglieder nicht zuletzt durch eine mögliche Beobachtung durch den Verfassungsschutz einzuschüchtern.

Auf was Sie achten sollten und was Sie wissen müssen, wenn Sie Beamter oder Angestellter im öffentlichen Dienst sind, haben wir in einer praktischen Handreiche zusammengefasst.

Muss ich mir als Beamter oder öffentlich Angestellter in der AfD Sorgen machen?

Ganz klar: nein. Weshalb?

Allein aus dem Grund, dass die AfD gegebenenfalls einer Verdachts-Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegt, können Beamte, Soldaten und Angestellte des öffentlichen Dienstes nicht entlassen beziehungsweise nicht aus dem Beamtenverhältnis oder aus dem Dienst entfernt oder gekündigt werden.

Wird eine politische Partei vom Verfassungsschutz beobachtet, ist sie zunächst ein „Verdachtsfall“: Die Verfassungsschutzbehörde schätzt in dem Fall ein, dass tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen.
In dieser Situation verletzt ein Beamter seine Verfassungstreuepflicht nicht, wenn er als Mitglied in einer solchen Partei tätig bleibt, sofern er sich für eine verfassungsgemäße Ausrichtung dieser Partei einsetzt und sich von eventuellen verfassungsfeindlichen Bestrebungen innerhalb der Partei distanziert. Disziplinarmaßnahmen wegen aktiver Betätigung in einer solchen Partei hat ein Beamter dann nicht zu befürchten.

Dies gilt jedenfalls, solange verfassungsgemäße Kräfte innerhalb der betreffenden Partei die Oberhand haben oder sich jedenfalls noch mit Aussicht auf Erfolg für einen verfassungsgemäßen Kurs der Partei einsetzen können. Das bedeutet allerdings, dass Sie selbst keine Äußerungen abgeben oder andere Handlungen vornehmen sollten, die objektiv als verfassungsfeindlich eingeschätzt werden könnten. Allen Beamten, die Mitglied einer vom Verfassungsschutz beobachteten Partei sind, ist daher zu raten, dass sie sich innerparteilich klar gegen möglicherweise auftretende Tendenzen abgrenzen, die sie als verfassungsfeindlich erkennen oder einschätzen.

Zur Klarstellung:

Nur die schuldhafte Verletzung der Verfassungstreue stellt ein Dienstvergehen dar, welches disziplinarrechtlich geahndet werden kann (§ 77 Abs. 3 Bundesbeamtengesetz (BBG) i.V.m. dem Bundesdisziplinargesetz). Das wäre beispielsweise der Fall bei einem Beamten, der sich beharrlich weigerte, aus einer verfassungsfeindlichen Partei auszutreten und sich weiterhin uneingeschränkt zu ihren verfassungsfeindlichen Zielen bekennen würde. Dieser müsste auch dann, wenn er nicht aktiv in der Partei mitarbeitete, mit der Entfernung aus dem Dienst rechnen.

Die Verfassungsfeindlichkeit kann allerdings nur durch ein Gericht, aber nicht durch die Ämter für Verfassungsschutz, rechtskräftig festgestellt werden. Sie müssen daher mit keinen Konsequenzen rechnen, allein weil Sie als Beamter Mitglied in der AfD und vielleicht sogar politisch aktiv sind. Die Mitgliedschaft in der AfD stellt folglich für die zu bewertende Behörde als Arbeitgeber keine Grundlage für die Annahme einer „schuldhaften Verletzung der Verfassungstreue“ dar.

Ich bin vorgeladen zu einer Dienstbesprechung — wie verhalte ich mich?

Wenn Sie klarstellen, dass Sie sich innerhalb der Partei für einen verfassungsgemäßen Kurs einsetzen, brauchen Sie im Ergebnis keine Entfernung aus dem Dienst (oder andere Disziplinarmaßnahmen) befürchten. Vorsorglich sollten entsprechende Bemühungen (Anträge, Redebeiträge, Eingaben an den Vorstand der betreffenden Partei usw.) möglichst dokumentiert werden, so dass gegebenenfalls ein Nachweis gegenüber dem Dienstherrn oder oder gegenüber Gerichten möglich ist.

Sind meine Versorgungsbezüge als Ruhestandsbeamter betroffen?

Viele sorgen sich um Ihre Pension. Diese Sorge ist allerdings unbegründet. Die rechtlichen Grundlagen gestalten sich wie folgt:

Laut aktueller Rechtsprechung gilt es gemäß § 47 Abs. 2 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) bei Ruhestandsbeamten als Dienstvergehen, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung i.S.d. Grundgesetzes betätigen. Laut dieser Rechtssprechung sei die Pflicht zur Verfassungstreue die Grundpflicht des Beamten gegenüber dem Staat. Sie stelle die Kernpflicht eines Beamten dar und bilde auch einen Kernbestand des Diensteides (§ 38 Abs. 1 Satz 2 BeamtStG). Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung entfalte sie auch über das Ende des aktiven Beamtenverhältnisses hinaus Bedeutung, wenn und solange der Beamte aufgrund seines früheren Beamtenverhältnisses finanzielle Leistungen vom Dienstherrn erhalte.*(1)*

Insoweit gilt der gleiche Maßstab wie schon oben dargelegt, wonach nur die schuldhafte Verletzung der Verfassungstreue eine Kürzung oder Aberkennung des Ruhegehaltes bewirken kann. Wir empfehlen daher, mit Äußerungen im eindeutig verfassungskonformen Bereich zu bleiben – auf jeden Fall aber Äußerungen zu unterlassen, die nicht nur nach Ansicht des Verfassungsschutzes, sondern auch nach Entscheidungen von Verwaltungsgerichten als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen betrachtet werden: Daher sollten keine Begriffe wie z.B. „Volkstod“, „Umvolkung“ oder vergleichbare Begriffe verwendet werden.

Die Rechtsprechung stellt dabei nur auf besonders extreme und hartnäckige Fälle ab.

Für sich mit ihren Äußerungen bzw. Handlungen im verfassungsgemäßen Bereich bewegende Pensionäre, die Mitglied einer Partei sind, welche nicht von einem Gericht eine Verfassungsfeindlichkeit festgestellt bekommen hat, besteht daher kein Risiko, dass Ruhestandsbezüge gekürzt oder aberkannt werden könnten.*(1),(2)*

Urteile:

1) Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach vom 26.02.2020, Az.: AN 13b D 19.00958 m.w.N.

2) Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg vom 29.06.2020, Az.: RO 10A DK 19.2

Massiver Druck, endlich die AfD zu beobachten!

Hans-Georg Maaßen im Interview

In den Spätsommertagen des Jahres 2018 herrschten Wut, Trauer und Fassungslosigkeit in Chemnitz. Nach dem feigen Mord am 35-jährigen Daniel H. wurden ein Iraker und ein Syrer festgenommen, welche „ohne rechtfertigenden Grund" mehrfach auf den ehemaligen Tischlerlehrling eingestochen haben sollen. In Folge der abscheulichen Tat kam es in der sächsischen Stadt zu mehreren Demonstrationen, bei denen es nach Medienberichten auch zu „Hetzjagden" auf ausländisch aussehende Bürger gekommen war. Die linksgerichtete Presselandschaft verbreitete die Nachricht öffentlichkeitswirksam in Funk, Fernsehen und den Printmedien.

Ein mächtiger Mann der Bundesrepublik äußerte massive Zweifel an den angeblich stattgefundenen „Hetzjagden": Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. In einem Interview mit der Bildzeitung erläuterte der heute 58-Jährige, dass der Behörde keine belastbaren Informationen darüber vorliegen, dass Verfolgungen stattgefunden hätten.

Das beschriebene Interview bedeutete das berufliche Aus für den Mönchengladbacher. Am 5. November 2018 bat Bundesinnenminister Horst Seehofer den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, Maaßen mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Nur drei Tage später folgte der Sozialdemokrat der Bitte und leitete dem promovierten Juristen seine Abschiedsurkunde zu.

Still ist es um den Rheinländer jedoch nicht geworden. Zahlreiche Fernsehauftritte und regelmäßige Meldungen auf dem Kurznachrichtendienst Twitter zeigen die Lust des ehemaligen Spitzenbeamten, weiter am politischen und gesellschaftlichen Diskurs teilzuhaben.
Auch in verschiedenen Printmagazinen sind Äußerungen Maaßens immer wieder zu finden. Ein lesenswertes Interview ist in der Preußischen Allgemeinen Zeitung erschienen. Darin äußert der ehemalige Leiter des Stabs „Terrorismusbekämpfung" im Bundesinnenministerium seine Gedanken zur öffentlichen Meinungsverengung, der Zersetzung rechtsstaatlich-demokratischer Strukturen durch Islamisten und den politischen Druck, als Verfassungsschutzpräsident die AfD beobachten zu müssen.

Es gibt keine Ausgewogenheit bei den öffentlich–rechtlichen Medien!

Zu Beginn des Gesprächs beklagt Maaßen die desinformatorische Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien zu den Ereignissen in der sächsischen Industriestadt 2018. Es sei ihm bewusst gewesen, dass „der weitaus größte Teil"

besagter Medienhäuser schon damals politisch links orientiert war. Jedoch habe ihn die nahezu hundertprozentige Übernahme der „Antifa-Deutung“ der Ereignisse überrascht. Eine politische Ausgewogenheit bei ARD und ZDF verneint der ehemalige Verfassungsschutzchef klar: „Es gibt sie nicht!“ Die linke Deutungshoheit sei mittlerweile so groß, dass jegliche kritische Stimme zum „Mangel an fairer Berichterstattung einfach übergangen“ werde. Die Dominanz und Verbreitung politisch linken Denkens sieht Maaßen in der seit den 1950er-Jahren stattfindenden gezielten Unterwanderung der Medienhäuser.

Im Mittelteil des Interviews, als auf die Migrationspolitik der Merkel-Regierung übergeleitet wird, legt Maaßen in seiner Kritik nach. Ein großer Teil der Bevölkerung werde „mit einem falschen Informationsmanagement in eine pseudo-humanitäre Irre geleitet“. Eine kritische Begleitung der Bundesregierung finde durch die öffentlich-rechtlichen Sender nicht statt. Ganz im Gegenteil bescheinigt der ehemalige Beamte den Anstalten eine „uferlose Einwanderungspropaganda“.

Das deutsche Demokratie–Problem

Der Interviewer Bernd Kallina leitet anschließend auf die Verengung des Meinungsdiskurses in Deutschland über. Auf die Frage, ob es ein Demokratie-Problem im Land gebe, antwortet Maaßen:
„Ja, und es besteht darin, dass durch diese Ausgrenzungen gegen Bürger mit konservativ-kritischen Meinungen der demokratische Bogen unzulässig eingeschränkt wird.“

In dieser Einschränkung sieht der 58-Jährige sorgenvoll die Entstehung von totalitärem Denken und den Weg in einen demokratischen Zentralismus.

Ebenso sieht Maaßen die Sicherheitsbehörden des Landes in Gefahr. Er berichtet von einer gezielten Zersetzung und Verächtlichmachung von bürgerlichen Strukturen, wie es schon bei Lenin zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschrieben wurde.

Als das Gespräch anschließend auf den islamistischen Extremismus überleitet, beklagt Maaßen eine fehlende Kenntnisnahme der Tiefendimension der Thematik. Als Hauptproblem identifiziert der ehemalige Verfassungsschutzchef die „stärker werdende Bildung von Parallelgesellschaften“ und die damit einhergehende Zersetzung der „rechtsstaatlich-demokratischen Strukturen“.

Hans–Georg Maaßen: Massiver Druck, endlich die AfD zu beobachten

Zum Ende wird Maaßen nach der Gefahr einer missbräuchlichen Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes befragt. Dabei wird auch auf die größte Oppositionspartei in Deutschland Bezug genommen.

Maaßen stellt fest, dass Deutschland das einzige Land der westlichen Welt sei, in welchem eine der Regierungsparteien unterstellten Behörde andere Partei beobachten könne. Maaßen selbst berichtet, sich in seiner Dienstzeit vehement gegen eine Beobachtung von Parteien und dem daraus resultierenden Eingriff in den demokratischen Diskurs ausgesprochen zu haben. Während er für die geplante Aufgabe der Beobachtung der Partei „Die Linke“ überschwänglich gelobt wurde, berichtet der ehemalige Verfassungsschutzchef von massivem persönlichem Druck auf seine Person, endlich die AfD zu beobachten:

„Und das war ein ungebührlicher, ein ungewöhnlicher Druck, bei dem ich den Eindruck gewann, ich sollte hier für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert werden. Ich fühlte mich teilweise sogar genötigt.“

Zu einem „Büttel der Regierenden“ wollte er sich aber nicht machen lassen, so Maaßen weiter. Im abschließenden Statement beschreibt der ehemalige Verfassungsschutzchef noch seine Erfahrungen mit Parlamentariern, welchen er Karriereorientierung vorwirft.

Maaßens klare Botschaft

Die einseitige Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien, der gefährliche Islamismus und ein missbrauchter Verfassungsschutz: Im neuesten Interview gewährt Hans-Georg Maaßen interessante Einblicke. Allen voran der beschriebene Druck, die politisch motivierte Überwachung der größten Oppositionspartei in Deutschland voranzutreiben, entlarvt den sogenannten Verfassungsschutz schlicht als politischen Faktor zur Bekämpfung anderer Parteien. Thomas Haldenwang, der auf Maaßen folgte, zeigt sich als williger Erfüllungsgehilfe der regierenden Parteien.

Chemnitz 2018 hat viel verändert. Und den Verfassungsschutz offensichtlich zu einem Regierungsschutz verkommen lassen.

Klappe zu, Affe tot:
Die große Säuberung in den sozialen Netzwerken

Konservative Meinungen und patriotische Positionen sind bei den mächtigen Tech-Konzernen im berühmten Silicon Valley immer unerwünschter. Anfang 2021 fegte eine Säuberungswelle durch die sozialen Netzwerke, die auch auf Deutschland überschwappte. Nach der gezielten Löschung unzähliger Accounts steht fest: Die Meinungsfreiheit im Netz gehört offensichtlich der Vergangenheit an.

Am 8. Januar löste der Kurznachrichtendienst Twitter den wohl größten Knall der Social-Media-Geschichte aus: Der Kanal des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump wurde dauerhaft gelöscht und für immer von der Plattform entfernt. Über 56.000 Mal hatte der Präsident über das Netzwerk seine Meinung kundgetan und die Bürger in unter 280 Zeichen über politische Geschehnisse informiert. Damit ist für immer Schluss. Weitere große Marktführer zogen nach: Auch auf Facebook, Instagram und Snapchat verschwanden die Kanäle des 74-Jährigen mindestens vorübergehend.

Dieser öffentlichkeitswirksamen Beseitigung des Präsidentenauftritts folgten zahlreiche Accountlöschungen über den ganzen Globus verteilt. Auch in Deutschland berichteten konservative Meinungsmacher von mehreren hunderten bis tausenden Followern, die innerhalb weniger Stunden bei Twitter verloren gingen. Die groß angelegte Säuberung patriotischer Accounts war nicht mehr aufzuhalten. Auch der offiziellen Seite von Sebastian Münzenmaier fehlten über Nacht knapp 250 Folgende.

Applaus aus den Medien und der Politik

Unter den Hashtags „TrumpBan“ und „TrumpBanned“ applaudierten linksgerichtete Medienschaffende sowie Politiker und zeigten ihr fragwürdiges Verhältnis zur Meinungsfreiheit.

Nicole Diekmann, für ihre wenig ausgewogene Berichterstattung bei den öffentlich-rechtlichen Medien bekannt, hielt mit ihrer Freude nicht hinter dem Berg:

„Twitter hat Donald Trump jetzt komplett gesperrt. Ding-dong! The witch is dead.”

Anschließend wies die 42-jährige ZDF-Korrespondentin jeden Vorwurf der Zensur von der Plattform:

„Und nein, es ist NICHT Zensur. Mönsch, Leute. Was ist denn los mit der Fraktion, die hier Fakten gerne mit „Einfach mal googeln“ zu widerlegen versucht? Ist Google kaputt? Gibt es niemanden an der YouTube-Uni, der oder die erklärt, was Zensur ist? #TrumpBanned“

Auch in der Politik fand der Beifall von Links schnell Widerhall. Serap Güler, Mitglied des Bundesvorstands der CDU und Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, belehrte ihre Follower in ähnlicher Form wie Diekmann:

„Diejenigen, die sich hier über den #TrumpBan so aufregen, sind meistens die, die selbst kaum andere Meinungen zulassen. Und kapiert es endlich: Aufruf zu Gewalt, Hetze oder Beleidigungen sind keine Meinung!“

Den öffentlichkeitswirksamsten Auftritt zur Löschung der Accounts lieferte die Vorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock. Die Parteichefin verteidigte in der ARD-Talsendung „hart aber fair“ die Sperre Trumps auf Twitter:

„Wir haben in der analogen Welt Regeln, dass wer zu Hass und Hetze, zu Volksverhetzung aufruft, eine Straftat begeht, die auch im normalen Leben geahndet und verfolgt wird.“

Die Anbieter „hätten das schon vor vier Jahren machen müssen“, so die 40-Jährige weiter. Die Grünen-Chefin legte den Konzernen im Gespräch weitere Konsequenzen nahe:

„Aber das kann es jetzt nicht gewesen sein“, es müsse „politische Leitlinien geben und Gesetze dafür, was passiert, wenn Hass und Hetze betrieben wird.“

Digitale Dominanz in Gefahr

Die Löschwelle zu Beginn des Jahres könnte nur der Anfang einer gefährlichen Entwicklung in den sozialen Netzwerken gewesen sein. Die Illusion, dass Kanallöschungen nur bei gesetzeswidrigen Äußerungen vorgenommen werden, hat sich spätestens seit dem Trump-Beben als trügerisch erwiesen. Das Diktat der Tech-Konzerne und politische Akteure bestimmen, welche Meinungen erwünscht sind und öffentlichkeitswirksam publiziert werden dürfen.
In den bevorstehenden Wahlkämpfen könnte diese Willkürherrschaft erhebliche Nachteile für patriotische Parteien bedeuten. Da dem rechten Spektrum Fernsehauftritte verwehrt werden und die Zeitungen überwiegend negativ berichten, sind die Social-Media-Seiten besonders zur Verbreitung der eigenen politischen Positionen beliebt.

Für eine Einordnung der Wichtigkeit der Plattformen reicht ein Blick auf die „Fanzahlen“ der einzelnen Seiten rechter europäischer Parteien:
Der Rassemblement National von Marine Le Pen hat mit 466.000 Facebook-Fans beinahe doppelt so viele Fans wie die Regierungspartei „La Republique En Marche!“. Die FPÖ schlägt mit 144.000 Anhängern die „Volkspartei“ von Sebastian Kurz um über 70.000. Die offizielle Facebook-Seite der AfD hat 510.000 Follower, CDU und SPD kommen zusammen auf nicht einmal 400.000.

Eine komplette digitale Überlegenheit der rechten Parteien ist unverkennbar. Diese Dominanz, über mehrere Jahre mühsam im Schatten der Fernsehsender und klassischen Zeitungen erarbeitet, könnte nun zusammenbrechen. Und dies nicht wegen gesetzeswidriger Inhalte oder hetzerischer Beiträge, sondern wegen des linkunterlaufenen Diktats der Tech-Konzerne im Silicon Valley und willigen Politikern, die im Gewand der Meinungsfreiheit immer neue Zensurgesetze fordern.

Für die anstehenden Wahlkämpfe heißt es daher, eine neuerliche Löschwelle der sozialen Netzwerke miteinzubeziehen und alternative Wege zu finden, konservative Ideen an die Bürger zu bringen.

Gastkolumne von Michael Paulwitz

Kampf gegen die Opposition – mit Steuermilliarden

Michael Kurt Paulwitz ist ein deutscher Historiker und Journalist. Den meisten ist er durch seine langjährige Tätigkeit bei der Jungen Freiheit oder durch Bücher wie „Deutsche Opfer, fremde Täter: Ausländergewalt in Deutschland" ein Begriff.

Aktuell haben die Behöden 615 islamistische Gefährder und über fünfhundert weitere „sicherheitsrelevante" Gesinnungsgenossen im Visier. Für eine lückenlose Überwachung fehlt oft schlicht Geld und Personal. Islam-Terroristen messern auf deutschen Straßen, und auch die linksextreme Gewalt wird „zunehmend aggressiver, gezielter, enthemmter und personenorientierter", warnt selbst der Verfassungsschutz. Die Bundesregierung aber setzt andere Prioritäten: Über eine Milliarde Euro „gegen Rechts".

Klingt nicht viel, meinen Sie, in Zeiten, in denen die Bundesregierung hunderte Milliarden an neuen Schulden anhäuft, sich mit immer neuen Corona-„Hilfspaketen" brüstet und über den 750-Milliarden-EU-„Wiederaufbaufonds" sogar noch astronomische Summen in die Euro-Schuldenstaaten umverteilt? Auf die Relation kommt es an: 250 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich – das ist mehr als doppelt so viel, wie der Bund jetzt schon allein über das Programm „Demokratie leben!" für den sogenannten „Kampf gegen rechts" ausgibt.

Der Etat dieses Programms, das über den Haushalt des Bundesfamilienministeriums läuft, wurde in den fünf Jahren seines Bestehens schon von 40 auf 115 Millionen Euro jährlich fast verdreifacht. In diesem Jahr soll er auf 200 Millionen jährlich steigen. Seit die damalige Familienministerin Manuela Schwesig von der SPD 2014 den Linksextremismus zum „aufgebauschten Problem" erklärt hat, wird auch nicht mehr so genau hingeschaut, wo der Geldsegen hingeht. Indirekt profitieren davon wohl auch Gruppen der militanten „Antifa", über die nicht nur SPD-Chefin Saskia Esken ganz entzückt ist.

Anders als bei den Corona-Entschädigungszahlungen für Händler und Gewerbetreibende, von denen viele längst ihre letzten Reserven aufgebraucht haben und nach der neuerlichen Zwangsschließung ihrer Betriebe vor dem endgültigen Ruin stehen, wird bei der Auszahlung der Gelder für den Kampf „gegen Rechtsextremismus und Rassismus" auch nicht lange gefackelt. Stolze 89 Einzelmaßnahmen hat ein GroKo-Kabinettsausschuss im Rekordtempo identifiziert und beschlossen.

Da bekommt zum Beispiel die „Bundeszentrale für politische Bildung“ (BpB) gleich 59 neue Stellen für die Bekämpfung von „Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus“. Die Behörde, in der sich Linksextremisten die Klinke in die Hand geben, widmet sich schon seit Jahren bevorzugt dem Kampf „gegen rechts“ im Allgemeinen und gegen die AfD im Besonderen. Linksextremismus und Islamismus interessieren die BpB notorisch nur am Rande.

Schaut man sich die Liste der Maßnahmen an, die der Steuerzahler in den nächsten vier Jahren mit mehr als einer Milliarde bezuschussen darf, wird klar, wohin die Reise geht: Wo immer grün-linke Aktivisten „Alltagsrassismus“ wittern – und das ist praktisch überall –, soll „untersucht“, denunziert und umerzogen werden. Die Islamisten-Lobby bekommt ihre Forschungsprojekte über „Muslimfeindlichkeit“, Polizeihasser ihre Polizei-„Rassismus“-Studie. Innenminister Seehofer hat seinen lahmen Widerstand gegen diese und andere Zumutungen längst aufgegeben, er ist gleich mit 26 von 89 „Maßnahmen“ mit dabei.

Eine zentrale Rolle spielen Lobby-Vereine wie die „Amadeu-Antonio-Stiftung“ der Ex-Stasi-Agentin Anetta Kahane oder der aggressive Migranten-Förder-Club „Neue Deutsche Medienmacher“. Ihnen wird ein Herzenswunsch erfüllt: Die garantierte dauerhafte Förderung ohne Einzel-Projekt-Prüfung. Gesetzliche Grundlage soll – in der Kindergartensprache von Familienministerin Giffey – ein „Wehrhafte-Demokratie-Fördergesetz“ sein.

Und was haben erleichterte Einbürgerung von „Flüchtlingen“ und bevorzugte Einstellung von MIgranten in Verwaltung, Polizei, Bildungswesen und allen möglichen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen mit „Antirassismus“ zu tun? Viel, denn beim „Antirassismus“ geht es nun mal nicht um Extremismusbekämpfung, sondern um den ideologischen Umbau unserer Republik zum linksgrünen Gesinnungsstaat.

Dafür bedient sich die Politik bevorzugt der „Nichtregierungsorganisationen“ der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die durch dauerhafte Finanzierung praktisch zu halbstaatlichen Agenturen werden, und schafft ein steuerfinanziertes Beschäftigungsparadies für die meist rot-grün-linke Sozialpädagogen- und Aktivistenklientel. Und der zum „Alltagsrassisten“ degradierte Bürger und Steuerzahler darf seine Bevormundung und Indoktrinierung auch noch selbst bezahlen.

5 GRÜNDE, WARUM BODO RAMELOW BESSER IN RENTE GEGANGEN WÄRE

1 Jahr nach der rückgängig-gemachten Wahl

Am 5. Februar jährte sich die Abwahl von Bodo Ramelow (Die Linke). Im dritten Wahlgang zum thüringischen Ministerpräsidenten entfielen 44 Stimmen auf den 64-Jährigen, 45 Stimmen konnte sein FDP-Konkurrent Thomas Kemmerich auf sich vereinen. Ein eindeutiges Ergebnis, das keiner weiteren Erklärung bedarf.

Doch es kam alles anders. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) intervenierte aus Südafrika, der linke Mainstream tobte, FDP-Abgeordnete und Kemmerich wurden bedroht und mussten polizeilich geschützt werden. Nach nur wenigen Stunden wurde der Druck auf den Liberalen zu groß. Schon am 6. Februar erklärte der FDP-Mann seinen Rücktritt.

Am 4. März 2020 wurde der eigentlich abgewählte Bodo Ramelow durch einen noch nie da gewesenen Altparteien-Klüngel wieder ins Amt gehievt. Er versprach schnelle Neuwahlen, die noch immer auf sich warten lassen und wohl erst am 26. September nachgeholt werden. Und er leistete sich in der Folge einige schwere Ausrutscher, dies bestens dokumentiert sind.

Ein Jahr nach der Abwahl des Linken blicken wir zurück und nennen fünf Gründe, warum Ramelow besser im Ruhestand geblieben wäre.

Hier die 5 Gründe, warum Ramelow besser in Rente gegangen wäre:

1. Pure Arroganz und Aggression bei Maischberger

Nur wenige Tage nach seiner Abwahl nahm Ramelow in der ARD-Sendung „Maischberger" Platz und lieferte einen denkwürdigen Auftritt. Auf die erste Frage, was Ramelow im Moment der Abwahl durch den Kopf gegangen sei, meinte der 64-Jährige, er habe an die Opfer von Buchenwald gedacht. Ein unsäglicher Vergleich und eine Instrumentalisierung der Opfer des NS-Regimes.

Seine Abwahl durch die AfD-Abgeordneten bezeichnete er anschließend als „Verächtlichmachung" der staatlichen Organe und verteidigt seinen mittlerweile gelöschten Tweet, in welchem er ein Bild der Gratulation von Björn Höcke an Thomas Kemmerich neben den Handschlag von Hindenburg und Hitler veröffentlichte.

Einen wahren Arroganzanfall leistete sich Ramelow bei seinen darauffolgenden Ausführungen.

Auf die Frage, ob es nicht vielleicht auch einen Ministerpräsidentenkandidaten von SPD und Grüne hätte geben können, wirft Ramelow ein, das sei kurios:

„Darf ich Sie darauf hinweisen, dass der Wahlsieger von Thüringen vor Ihnen sitzt".

Auf die Frage, ob es noch andere Möglichkeiten, beispielsweise einen anderen Kandidaten oder eine Expertenregierung geben würde, reagierte der Linke fassungslos:

„Wollen Sie damit sagen, dass ich kein Experte war?"

Als er Maischberger noch erklärt, er sei nicht in die Sendung gekommen, um „um billigen Klamauk zu machen", ist es genug. Die Sendezeit endet wenig später.

2. Der Mittelfinger–Eklat

Während einer hitzig geführten Landtagsdebatte am 17. Juli 2020 leistete sich Ramelow einen jähzornigen und ungezügelten Wutausbruch, der ihm in Folge ein Gerichtsverfahren einbrocken sollte. In besagter Debatte griff der Thüringer AfD-Abgeordnete Stefan Möller die Linkspartei verbal an, bezeichnete den Verfassungsschutz als skandalgeneigte Behörde und fragte den für viele Jahre von der Behörde überwachten Ministerpräsidenten:

„Wer da schon alles Tolles beobachtet wurde, nicht wahr, Herr Ramelow?"

Ramelow konnte sich daraufhin nicht zurückhalten, zeigte Möller den Mittelfinger und bezeichnete den Landtagsabgeordneten als „widerlichen Drecksack". Eine primitive Geste und eine Beleidigung für das hohe Haus des Landtages. Björn Höcke, der Vorsitzende der Thüringer AfD-Fraktion, beantragte daraufhin die Einberufung des Ältestenrates des Landtages.

Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat das Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gegen den Thüringer Ministerpräsidenten mittlerweile eingestellt. Eine Geldauflage von 5000 Euro an zwei unpolitische Erfurter Vereine reichten dabei aus.

3. „Sechszehn Dödel" — Der Illner–Ausraster

Ähnlich wie wenige Monate zuvor bei Sandra Maischberger konnte sich Ramelow auch bei Maybrit Illner nicht zurückhalten. Die bekannte ZDF-Moderatorin diskutierte mit ihren Gästen über das Thema: „Corona-Chaos – gerät die Pandemie außer Kontrolle?" und hatte auch den Thüringer Ministerpräsidenten zu Gast.

Schon bei seiner ersten Wortmeldung fährt der thüringische Ministerpräsident der Moderatorin mehrmals ins Wort und beklagt in beleidigtem Ton die mediale Darstellung der Ministerpräsidentenkonferenz. Was Ramelow in den Medien höre, sei erheblich abweichend zu seiner eigenen Wahrnehmung des Kanzler-Gipfels. Er habe an einer Sitzung teilgenommen, in welcher „sechzehn verantwortungsvolle Menschen" acht Stunden lang intensiv miteinander gearbeitet hätten. Das Ziel sei dabei gewesen, die Weichen für eine gezielte Infektionsbekämpfung zu stellen „und nicht irgendeine Showgeschichte" zu machen. Das Selbstlob in seinen Worten ist kaum überhörbar.

Als Illner Ramelow im Mittelteil der Sendung auf die Aufhebungen der Beherbergungsverbote anspricht, gerät dieser schon etwas mehr in Rage. Jedoch nicht wegen der unsäglichen Maßnahme selbst, sondern wegen eines Rentnerbusses nach Franzensbad. Mit vorwurfsvollem Unterton beschreibt der Linken-Politiker, dass die Senioren „Corona-Tupperpartys gefeiert" hätten, weshalb es zu einem Ausbruch gekommen sei.

Seinen größten Wutausbruch leistet sich Ramelow in der zweiten Hälfte der Sendung. Dabei beginnt der Ministerpräsident seinen Redebeitrag wieder mit Lobliedern auf den Corona-Gipfel. Die Konferenz um Angela Merkel habe „wesentliche Meilensteine" beschlossen. Anschließend richtet sich die Wut Ramelows gegen die berichtenden Journalisten:

„Wie schaffen wir es, dass auch Journalismus vielleicht sich darauf konzentriert, dass wir nicht sechzehn Dödel sind, die alle nur durcheinanderreden?"

Als Illner erwidert, dass dies grundsätzlich niemand infrage stelle, motzt das Thüringer Landesoberhaupt zurück:

„Wissen Sie, was ich heute den ganzen Tag gehört hab? Und an welchen Stellen ich immer Interviews geben durfte, weil jeder sagt, ihr seid euch ja nicht einig?“

Anschließend spöttelt Illner, dass Ramelow und seine Kollegen von den Sommer- und Herbstferien überrascht wurden. Beinahe brüllend rechtfertigt sich der 64-jährige:

„Wir sind überhaupt nicht überrascht worden. Entschuldigung darf ich einmal was sagen! Wir sind nicht überrascht worden!“

Die Ergebnisse der Konferenz sprechen eine andere Sprache. Unfreiwillig komisch wird es, als Ramelow am Ende seines Redebeitrags feststellt, dass ein höheres Maß an Gelassenheit zu einem anderen Umgang führen würde.

4. Der Candy–Crush–Champion

Vor wenigen Tagen geriet Ramelow wiederum mit einer “Clubhouse”-Plauderei über die Bund/Länder-Beratungen zur Corona-Pandemie in die Kritik.

Während eines öffentlichen Gesprächs in der Audio-App gab der Thüringer Ministerpräsident zu, während den stundenlangen Sitzungen das Handy-Spiel „Candy Crush“ zu spielen. Der 64-Jährige rechtfertigte sich später, dass seine Spielereien bei den teils zehn Stunden langen Marathon-Sitzungen mit häufigen Unterbrechungen kein Aufreger seien. Einerseits könnte man froh sein, dass Bodo Ramelow beim Candy-Crush-Spielen zumindest keinen Schaden anrichten kann. Andererseits ist es doch erschreckend, dass solch eine Person in der Krisenzeit Ministerpräsident eines Bundeslandes ist.

5. Schlechte Verlierer des linken Establishments bekamen ihren Willen

Erinnern Sie sich noch, als die Abwahl Bodo Ramelows die linke Polit- und Medienlandschaft erschütterte? Von „Dammbruch“ und „Tabubruch“ war in Dauerschleife die Rede. Mit dem Wort „Faschist“ wurde inflationär um sich geworfen und das schwer getroffene Establishment erhob in geradezu religiösem Eifer die Wahl von Bodo Ramelow zur einzig demokratischen Option.

Letztlich hat sich der undemokratische Geist durchgesetzt. Thomas Kemmerich ist auf massiven Druck der großen Medienhäuser, der Altparteien und nicht zuletzt auch wegen Bedrohungen und Terror von Linksaußen, Antifa und Konsorten zurückgetreten. Damit wurden die schlechten Verlierer in ihrem Handeln bestätigt. Den linken Spießern wurde aufgezeigt, dass sie nur laut genug heulen müssen und die künstliche moralische Empörung weit genug auf die Spitze treiben, um wie trotzige Kinder ihren Willen zu bekommen.

Ramelow am 26.09. endgültig abwählen!

Bodo Ramelow ist ein klassischer Linksaußen mit kurzer Lunte. Unfassbar schnell beleidigt und mit einer selbstzufriedenen Arroganz beseelt, so dass wir sicherlich noch das ein oder andere Mal von einem Fettnäpfchen berichten können. Für das Land Thüringen war seine erneute Amtszeit definitiv nicht gut. Es bleibt zu hoffen, dass die Thüringer diesen Fehler zur anstehenden Landtagswahl in diesem Jahr korrigieren.

Pressemitteilung

Berlin, den 16.02.2021

Das Bundesfinanzministerium unter Minister Olaf Scholz (SPD) treibt eine Erhöhung der Tabaksteuer voran, die erstmals auch für nikotinhaltige E-Zigaretten und Tabakerhitzer gelten soll. Schon am Montag soll der Entwurf des „Tabaksteuermodernisierungsgesetzes" in die Ressortabstimmung gehen. Das Gesetz könnte dafür sorgen, dass Tabakersatzprodukte bald teurer sind als herkömmliche Zigaretten.

Dazu erklärt Sebastian Münzenmaier, stellvertretender Vorsitzender der AfD–Bundestagsfraktion:

„Das neue „Tabaksteuermodernisierungsgesetz" ist abzulehnen! Die Preisaufschläge um bis zu 160 Prozent für E-Liquid-Produkte des derzeitigen Preisniveaus sind unangemessen und unverhältnismäßig. Das Gesetz und die folgenden Preisaufschläge verleiten die Bürger dazu, zu schädlicheren, herkömmlichen Zigaretten zu greifen und keine Tabakersatzprodukte zu kaufen. Damit werden die gesundheitspolitischen Ziele in Gänze verfehlt und die persönliche Freiheit der Bürger weiter beschnitten."

Hintergrund zur neuen Steuer für E–Zigaretten und Tabakerhitzer:

Mit dem euphemistischen „Tabaksteuermodernisierungsgesetz" werden sich die Preise für E-Zigaretten-Liquids und Tabak-Erhitzer Sticks massiv erhöhen. Diese dürften letztlich deutlich teuer werden als gewöhnliche Zigaretten, welche erwiesenermaßen mehr Schadstoffe enthalten als Tabak-Alternativen.

Eine gewöhnliche Flasche E-Zigaretten-Liquid steigt im Preis von 5 Euro auf 9 Euro. Eine zweite Stufe des Gesetzes erhöht den Preis sogar auf 13 Euro. Ebenso wird der Preis für Tabakerhitzer-Sticks deutlich steigen, die beim Marktführer derzeit noch 6 Euro kosten.

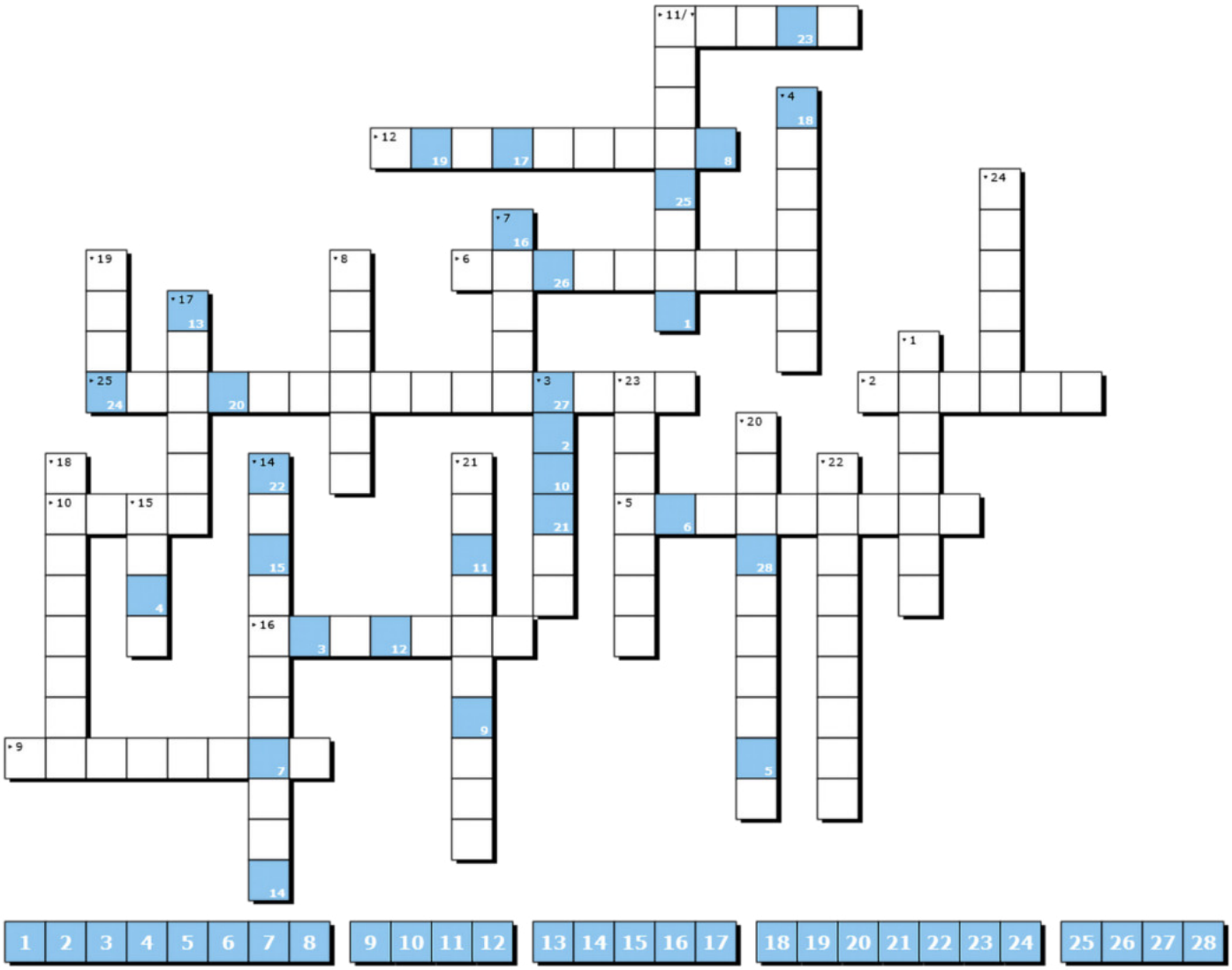
Die Bundesregierung verfolgt auch hier wieder die Politik der absoluten Bevormundung. Tabak-Alternativen sollen zum Luxusgut werden, damit der Konsum möglichst eingeschränkt wird. Der Staat schröpft seine Bürger und verkauft das auch noch als erzieherische Maßnahme. Leider eine Einstellung, welche seit der Corona-Krise deutlich zugenommen hat.

Besuchen Sie meine Netzseite

www.sebastian-muenzenmaier.de

Rätsel

1. Welcher Ministerpräsident spielt gerne das Handyspiel „Candy-Crush“ während den Ministerpräsidentenkonferenzen?
2. In welcher Stadt fand im letzten Jahr der AfD-Parteitag statt?
3. Wie heißt der Spitzenkandidat der AfD Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl?
4. Welche Grünenpolitikerin musste in Folge der Beförderungsaffäre in Rheinland-Pfalz zurücktreten?
5. Welcher AfD-Politiker traf den russischen Außenminister Lawrow in Moskau?
6. Wie heißt das AfD-Konzept zur Reformierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?
7. Das Twitterprofil welches US-Präsidenten wurde im Januar gesperrt?
8. Welche Ex-Stasi-Agentin sitzt heute der umstrittenen „Amadeu-Antonio-Stiftung“ vor?
9. Wie heißt der Chefjustiziar der AfD-Bundestagsfraktion?
10. Wer ist der Wahlkampfmanager der AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz?
11. Aus welcher Gesellschaft trat die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel Anfang Februar aus?
12. In welchem Monat findet die Bundestagswahl 2021 statt?
13. Welcher Ministerpräsident musste in Folge des Drucks der AfD dem neuen Rundfunkvertrag seine Zustimmung verweigern?
14. Wie heißt der ehemalige Innenminister in Sachsen-Anhalt, der in Folge der GEZ-Affäre zurücktreten musste?
15. Die Anfrage welches AfD-Politikers deckte auf, dass 2019 nur knapp 10.800 Menschen aus Deutschland abgeschoben wurden?
16. Welcher FDP-Politiker sprach sich im Dezember gegen Sonderregeln für Geimpfte aus und im Januar plötzlich dafür?
17. Welcher Ministerpräsident befürwortet für die nächste Bundesregierung ein schwarz-grünes Bündnis?
18. Welcher Minister sah Anfang Februar „keine offenkundigen schweren Fehler“ bei der Impfstoffbeschaffung?
19. Welche CSU-Politikerin beschuldigte die AFD im Parlament, beim Tod von Walter Lübcke „mitgeschossen“ zu haben?
20. Welcher deutsche Politiker war 2020 am häufigsten in Talkshows zu Gast?
21. Der Ost-Beauftrage der Bundesregierung beschuldigte die AfD, an hohen Corona-Zahlen mitverantwortlich zu sein. Wie heißt er?
22. Welches Land möchte seine Migration in den nächsten Jahren auf Null reduzieren?
23. Der neue CDU-Vorsitzend heißt?
24. Mit welchem Grünen-Politiker gab Markus Söder ein kurioses Doppelinterview?
25. Am 14.03 finden Wahlen in Baden-Württemberg und in ... statt



Kontakt & Info

Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin, versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro in Mainz ist in Planung.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens

sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung
Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter:
sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de einen Termin und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz in Berlin optimal repräsentiert ist!

Antworten für das Kreuzworträtsel: 1. RAMELOW | 2. KALKAR | 3. FRISCH | 4. HOEFKEN | 5. CHRUPALLA | 6. GRUNDFUNK | 7. TRUMP | 8. KAHANE | 9. BRANDNER | 10. LOHR | 11. HAYEK | 12. SEPTEMBER | 13. HASELOFF | 14. STAHLKNECHT | 15. HESS | 16. LINDNER | 17. SOEDER | 18. ALTMAIER | 19. BAER | 20. LAUTERBACH | 21. WANDERWITZ | 22. DAENEMARK | 23. LASCHET | 24. HABECK | 25. RHEINLAND-PFALZ

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Sebastian Münzenmaier
Mitglied des Bundestags
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:
Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

SEBASTIAN
MÜNZENMAIER